

| | | | | |
|-----------------|----|---|---|---|
| Titelthema | |  | Arbeit, Alterssicherung, Gesundheit: Das ändert sich 2018 | Mutterschutz gibt's jetzt auch für Schülerinnen, Studentinnen und arbeitnehmerähnliche Beschäftigte. Neue Auskunftsansprüche zu vergleichbaren Löhnen sorgen für mehr Entgelttransparenz. Verlängerte Zurechnungszeiten erhöhen neue Erwerbsminderungsrenten. Die Ost-West-Rentenan gleichung wird beschleunigt. Ein neues Verfahren sorgt für eine etwas gerechtere Beitragsbemessung für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung. Zum Jahreswechsel haben sich zahlreiche Regelungen in den Bereichen Arbeit, Alterssicherung und Gesundheit geändert. Hier erfolgt ein Überblick über die wichtigsten Neuerungen. |
| Soziales | | | | |
| Arbeit | 9 | HANS NAKIELSKI | Arbeit, Alterssicherung, Gesundheit: Was sich 2018 für Arbeitnehmer, Versicherte und Rentner ändert(e) | |
| | 9 | ROLF WINKEL/HANS NAKIELSKI | Beiträge, Mindestlohn, Mutterschutz, Entgeltgleichheit Neues im Bereich Arbeit | |
| Alterssicherung | 14 | ROLF WINKEL/HANS NAKIELSKI | Altersgrenzen, Zurechnungszeiten, Ost-West-Angleichung Was sich bei der Alterssicherung ändert(e) | |
| Gesundheit | 19 | ROLF WINKEL | Neuerungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung | |



Position 4 ANNELIE BUNTENBACH
Nach der Sondierung von Union und SPD:
Jetzt die Weichen stellen für soziale Richtungsentscheidungen

Magazin 5 Staatliche Krankenversicherungsbeiträge für ALG-II-Bezieher:
Für PKV-Versicherte viel mehr als für GKV-Versicherte
6 **Personalia**
7 **Neue Vorsitzende bei den gesetzlichen Krankenkassen**
8 **Termine**
8 **IAB zur Scheinselbstständigkeit: 235.000–436.000 Betroffene**

Alterssicherung 21 JUTTA SCHMITZ/INGO SCHÄFER
Sozialpolitische Einordnung:
Das Rentenniveau
Messverfahren, Einflussfaktoren und Fehlinterpretationen

Gesundheit 26 THOMAS GERLINGER/STEFAN GREß
Umsetzung der paritätischen Finanzierung in der GKV
Kurzfassung einer gutachterlichen Stellungnahme für die IG Metall

Recht Soziales 32 WINFRIED KLUTH
Gesundheitsdienstleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Das eingeschränkte Leistungsspektrum und die Menschenwürde

38 **Impressum**

Über keinen Begriff wird in der Rentendebatte so viel diskutiert und gestritten wie über die Höhe des Rentenniveaus. Doch was verbirgt sich eigentlich hinter dem Rentenniveau? Hier erfolgt ein Überblick über das Messverfahren, die Einflussfaktoren und Fehlinterpretationen.

CDU, CSU und SPD wollen »die Parität bei den Beiträgen zur gesetzlichen Krankenversicherung wiederherstellen«. Das haben sie in ihren Sondierungsgesprächen vereinbart. Doch bei einem politisch gewollten Wettbewerb der Krankenkassen und kassenindividuellen Zusatzbeiträgen ist es keineswegs trivial, die Rückkehr zur Parität umzusetzen. Mehrere Modelle dazu sind denkbar. Hier werden sie beschrieben und bewertet.

IN ALLER KÜRZE

2

THEMA**Andreas Gerhartl: Zusammentreffen mehrerer Kündigungs- und Entlassungsschutzbestimmungen**

3

Unterliegt ein Arbeitnehmer mehreren Bestandschutzbestimmungen, stellt sich die Frage, ob sämtliche Regelungen kumulativ anzuwenden sind bzw – falls nein – welche vorgeht. Da dafür nur zum Teil gesetzliche Regelungen bestehen, kommt dabei auch der Rechtsprechung und Literatur eine wichtige Rolle zu. Dr. *Andreas Gerhartl* gibt in seinem aktuellen Beitrag einen kompakten Überblick über die Rechtslage beim Zusammentreffen mehrerer Kündigungs- und Entlassungsschutzbestimmungen.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

| | |
|--|---|
| Grenzüberschreitend tätiges Servicepersonal – Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH | 6 |
| Fehlende Überlassungsmeldung – unzureichender Tatvorwurf | 7 |
| Strittige Arbeitgeberbereignschaft | 7 |

» INSOLVENZ-ENTGELT

| | |
|---|----|
| Verspäteter Austritt aus dem Dienstverhältnis – kein Insolvenz-Entgelt | 8 |
| Begrenzung des Insolvenz-Entgelts bei befristeten Dienstverhältnissen | 10 |
| Keine Insolvenzversicherung von Schadenersatzansprüchen für die Wertminderung eines Kfz | 10 |
| Rücktritt vom Dienstvertrag – Schadenersatzanspruch IESG-gesichert? | 11 |

» SOZIALRECHT

| | |
|---|----|
| KBGG: Auslegung des Mindestbezugszeitraums von 2 Monaten für Geburten bis 28. 2. 2017 | 12 |
| Kinderbetreuungsgeld für Ehemann einer deutschen Grenzgängerin – Vorabentscheidungsersuchen | 13 |

» STEUERRECHT

| | |
|--|----|
| BFG: Tageszeitung – USt für Print- und Onlineausgabe | 14 |
| Untergeordnet privat genutztes Betriebsgebäude | 15 |

AUS DEN BEHÖRDEN**» FINANZMINISTERIUM**

| | |
|---|----|
| BMF: Information zum Kommunalsteuergesetz | 16 |
|---|----|

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

20

INHALT

EDITORIAL

- 1 Was lässt sich am Vertrag noch ändern?

KURZNACHRICHTEN

- 5 Überblick über Ereignisse und Entwicklungen der letzten Wochen im Vergabegeschehen

AUFSÄTZE

- 7 UWG als Rettungsanker gegen Willkür
(Clemens Thiele)

JUDIKATUR

VwGH

- 13 Über Fragen der Beweiswürdigung, Grenzen für Vertragsänderungen, Einholung von Gutachten, Akteneinsicht in Angebote
VwGH 18. 8. 2017, Ra 2017/04/0022, 0023-4 (Stephan Heid / Thomas Kurz)

BVwG

- 18 Zur Unterscheidung zwischen Sub- und Hilfsunternehmer
BVwG 7. 9. 2017, W123 2163533-2/46E (Michael Breitenfeld)
- 21 Zur Zulässigkeit der Direktvergabe von Schienenpersonenverkehrsleistungen
BVwG 18.09.2017, W131 2121539-2 (Philipp Götzl)

LVwG

- 33 Zeitpunkt und Umfang der Nachweise für die Beurteilung von Zuschlagskriterien
LVwG NÖ 15. 9. 2017, LVwG-VG-10/002-2017 (Stephan Heid / Daniel Deutschmann)
- 37 Zu den Formerfordernissen an eine rechtsgültige Zuschlagserteilung
LVwG Tirol 30. 8. 2017, LVwG-2016/S1/1481-24 (Stephan Heid / Martina Windbichler)
- 40 Ein Verein darf „privat“ beschaffen, was der öffentliche Auftraggeber sonst auszuschreiben hat
VwG Wien 12. 10. 2017, VGW-123/072/11351/2017 (Sandro Huber)

EuGH

- 44 Ausschluss trotz höherer Gewalt
EuGH 14. 9. 2017, C-223/16 (Hubert Reisner)
- 48 Vertiefte Angebotsprüfung auf europäischer Ebene
EuGH 19. 10. 2017, C-198/16 P (Hubert Reisner)

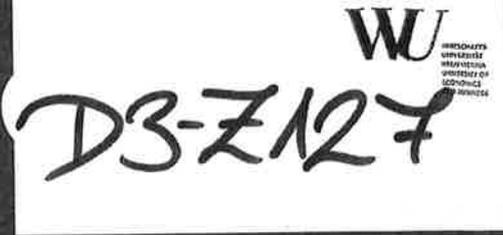
LEITSATZSAMMLUNG (RPA-Slg-Int 2018/1-12; RPA-Slg 2018/1-11)

SERVICE-TEIL

- 63 Herausgeber / Schriftleiter / Herausgeber-Beirat
- 64 Autoren

Zitierbeispiele: *Casati*, RPA 2018, Seite; RPA-Slg 2018/1, Seite; RPA-Slg-Int 2018/1, Seite

VERGABERE



RECHT UND PRAXIS DER ÖFFENTLICHEN AUFTRAGSVERGABE

Februar 2018 / Heft 1, Seiten 1–64 (18. Jahrgang)

Kurznachrichten

Aufsätze

- 7 UWG als Rettungsanker gegen Willkür
(Clemens Thiele)

Judikatur

- 13 Über Fragen der Beweiswürdigung, Grenzen für Vertragsänderungen, Einholung von Gutachten, Akteneinsicht in Angebote
18 Zur Unterscheidung zwischen Sub- und Hilfsunternehmer
21 Zur Zulässigkeit der Direktvergabe von Schienenpersonenverkehrsleistungen
33 Zeitpunkt und Umfang der Nachweise für die Beurteilung von Zuschlagskriterien
37 Zu den Formerfordernissen an eine rechtsgültige Zuschlagserteilung
40 Ein Verein darf „privat“ beschaffen, was der öffentliche Auftraggeber sonst auszuschreiben hat
44 Ausschluss trotz höherer Gewalt
48 Vertiefte Angebotsprüfung auf europäischer Ebene

Herausgeber: Michael Breitenfeld, Stephan Heid

Zeitschrift für

VERGABERECHT UND BAUVERTRAGSRECHT

ZVB

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 128

Herausgeber Josef Aicher, Michael Holoubek, Johannes Schramm, Bernt Elsner,
Michael Fruhmann, Rudolf Lessiak, Andreas Kropik
Redaktion und Schriftleitung Johannes Schramm, Josef Aicher

Februar 2018

02

53 – 96

Vergaberecht

Schlaglichter der Judikatur von VwGH und EuGH: 2017 – Das Jahr der Eignung? *Ruth Bittner* 57

BVwG – Großvergabeentscheidung, und kein Anfechtungserfolg
Reinhard Grasböck 64

BVwG – Wer echte Bieterlücken ignoriert, verliert
Stefan Reisinger und Stefan Mathias Ullreich 70

Verwaltungsgericht Wien – Kein Umgehungsgeschäft, wenn der öffentliche „Auftraggeber“ nur administriert *Beatrix Lehner* 75

Verwaltungsgericht Oberösterreich – Die Geschäfte eines Bieters können auch von dessen Sachwalter als Notgeschäftsführer geführt werden *Albert Oppel* 80

Bauvertragsrecht

Der Bauvertrag nach den FIDIC Conditions
Ursula Gallistel 89

Zur Pönale, wenn der Werkbesteller den Bauzeitplan „über den Haufen wirft“ *Lisa-Marie Wagner* 93

MUSTER – Mängelrüge des AG (Wandlung)
Johannes Bousek 95



| | |
|--|----|
| → Editorial | 53 |
| <i>Von Johannes Schramm und Josef Aicher</i> | |

| | |
|------------------|----|
| ZVB-Aktuell..... | 56 |
|------------------|----|

Vergaberecht

Beitrag

| | |
|--|----|
| → Schlaglichter der Judikatur von VwGH und EuGH: 2017 – Das Jahr der Eignung? | 57 |
| Sowohl VwGH als auch EuGH beschäftigten sich im vergangenen Jahr intensiv mit unterschiedlichen Facetten der vergaberechtlichen Eignung. ANKÖ, alternative Eignungsnachweise, nachträglicher Wegfall der Eignung und „selbst verzehrende Eignung“ sind nur wenige Schlagwörter für diese Entscheidungen, in denen mitunter die bisherige Judikatur fortgeführt wird, teilweise jedoch auch neue Wege beschritten werden. | |
| <i>Von Ruth Bittner</i> | |

ZVB-Leitsatzkartei

| | |
|----------------------------|----|
| → ZVB-LSK 2018/12–20 | 63 |
|----------------------------|----|

Rechtsprechung

| | |
|--|----|
| → Großvergabeentscheidung, und kein Anfechtungserfolg | 64 |
| BVwG 16. 11. 2017, W134 2168104-2 = W134 2168219-2 | |
| <i>Mit Anmerkung von Reinhard Grasböck</i> | |
| → Wer echte Bieterlücken ignoriert, verliert | 70 |
| BVwG 8. 11. 2017, W123 2171271-2 | |
| <i>Mit Anmerkung von Stefan Reisinger und Stefan Mathias Ullreich</i> | |
| → Kein Umgehungsgeschäft, wenn der öffentliche „Auftraggeber“ nur administriert | 75 |
| LVwG Wien 12. 10. 2017, VGW-123/072/11351/2017 | |
| <i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Beatrix Lehner</i> | |
| → Die Geschäfte eines Bieters können auch von dessen Sachwalter als Notgeschäftsführer geführt werden | 80 |
| LVwG Oberösterreich 26. 7. 2017, LVwG-840134/18/KI/KaL, LVwG-840136/8/KI/KaL | |
| <i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Albert Oppel</i> | |
| → Eine beabsichtigte Substitution der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss als solche auch zum Ausdruck gebracht werden | 85 |
| LVwG Niederösterreich 24. 4. 2017, LVwG-VG-5/002–2017 | |
| <i>Mit Anmerkung und Praxistipp von Albert Oppel</i> | |

Bauvertragsrecht

Beitrag

→ Der Bauvertrag nach den FIDIC Conditions 89

Teil I: Systematik und Aufbau, Verhältnis zu nationalen Regelungen, Vertragsbestandteile

Für internationale Bauvorhaben bietet sich die Verwendung internationaler Vertragsmuster an. Im Dezember 2017 wurde eine Neuauflage der weit verbreiteten FIDIC Conditions veröffentlicht. In vier Teilen werden die wesentlichen Vertragsbedingungen des „Red Book“ sowie die Änderungen der Neuauflage gegenüber der 1st Edition vorgestellt.

Von Ursula Gallistel

Rechtsprechung

→ Zur Pönale, wenn der Werkbesteller den Bauzeitplan „über den Haufen wirft“ . . . 93

OGH 21. 11. 2017, 6 Ob 101/17 x

Mit Anmerkung und Praxistipp von Lisa-Marie Wagner

Musterserie

→ Mängelrüge des AG (Wandlung) 95

Von Johannes Bousek

Standards

→ Impressum 53

[MitarbeiterInnen dieses Hefts]

Dr. Ruth Bittner, Associate bei CMS Reich-Rohrwig Hainz

Mag. Johannes Bousek, Rechtsanwalt bei Lattenmayer, Luks, Enzinger Rechtsanwälte

Christian Graf, LL.M. (WU), Rechtsanwaltsanwärter bei Schramm Öhler Rechtsanwälte

DI Mag. Ursula Gallistel, Institut für Interdisziplinäres Bauprozessmanagement, TU Wien

Mag. Reinhard Grasböck, Richter des Bundesverwaltungsgerichts

Mag. Thomas Gruber, Richter des Bundesverwaltungsgerichts

Mag. Beatrix Lehner, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts

Dr. Albert Oppel, Richter des Verwaltungsgerichts Wien

Mag. Hannes Pesendorfer, Rechtsanwalt bei Schramm Öhler Rechtsanwälte

Mag. Stefan Reisinger, Prokuratoranwaltsanwärter, Finanzprokurator

Dr. Stefan Mathias Ullreich, Prokuratoranwalts, Finanzprokurator

Dr. Lisa-Marie Wagner, Rechtsanwaltsanwärterin bei Lessiak & Partner Rechtsanwälte

[Der Redaktionsbeirat]

Dr. Stephan Denk, Rechtsanwalt bei Freshfields Bruckhaus Deringer

Dr. Heimo Ellmer, Leiter der Abteilung Baunormung, Referent für Vergabewesen im österreichischen Normungsinstitut, Lektor an der FH Technikum Kärnten, Sachverständiger

Dr. Hans Gölls, Sachverständiger für Vergabe- und Verdingungswesen,

Autor zahlreicher Publikationen in den Bereichen Bauvertrag und Vergabe

Mag. Reinhard Grasböck, Richter des Bundesverwaltungsgerichts

Doz. Dr. Brigitte Gutknecht, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Wien

Univ.-Prof. DI Dr. Andreas Kropik, Professor für Bauwirtschaft und Baumanagement an der TU Wien, geschäftsführender Gesellschafter der Bauwirtschaftlichen Beratung GmbH mit Sitz in Perchtoldsdorf bei Wien, Sachverständiger

Dr. Rudolf Lessiak, Rechtsanwalt und Seniorpartner einer Kanzlei mit Schwerpunkt im Vergaberecht

Dr. Matthias Öhler, Rechtsanwalt und Partner bei Schramm Öhler Rechtsanwälte

Mag. Franz Pachner, fachkundiger Laienrichter beim BVwG, BMWFW iR

[BundesländerkorrespondentInnen]

Mag. Otto-Imre Pathy, Landesverwaltungsgericht Vorarlberg

Dr. Robert Berger, Amt der Salzburger Landesregierung

Dr. Doris Hattenberger, Universität Klagenfurt

Mag. Beatrix Lehner, Richterin des Bundesverwaltungsgerichts (Außenstelle Graz)

Dr. Albert Oppel, Richter des Verwaltungsgerichtes Wien

Mag. Christian Ruzicka, Stadt Wien, MA 63

Dr. Sigmund Rosenkranz, Senatsvorsitzender des Landesverwaltungsgerichts Tirol

Mag. Manja Schlossar-Schiretz, Landesverwaltungsgericht Steiermark

Mag. Karin Schnabl, Landesverwaltungsgericht Steiermark

Dr. Volker Wurdinger, Landesverwaltungsgericht Tirol

Die veröffentlichten Beiträge geben die persönliche Meinung der/des jeweiligen Autorin/Autors wieder, welche sich nicht unbedingt mit der Meinung der Behörde, der die/der jeweilige Autorin/Autor angehört, decken muss.

ÖJZ aktuell 97

Beiträge

→ § 1489 Satz 2 Var 2 ABGB: Die Zeit bestraft den Bösen!? 101

Die praktisch überaus bedeutsame Verjährung von Schadenersatzansprüchen läuft gem § 1489 Satz 1 ABGB grundsätzlich drei Jahre nach Kenntnis von Schaden und Ersatzpflichtigem ab. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht indes Satz 2 leg cit, wenn der Schaden aus einer qualifiziert strafbaren Vorsatztat entspringt; dann bleiben dem Geschädigten stets 30 Jahre Zeit, um seinen Anspruch geltend zu machen. Welchen Zweck die strafrechtsakzessorische lex specialis verfolgt, ist ebenso umstritten wie so manche Anwendungsfrage; neuerdings wird auch ihre rechtspolitische Berechtigung in Frage gestellt. Der Beitrag würdigt den Meinungsstand – insb aus historischer und vergleichender Perspektive – und begibt sich sowohl de lege lata als auch de lege ferenda auf die Suche nach Lösungen.

Von *Matthias Pendl*

→ Die DSGVO im öffentlichen Bereich 112

Europarechtliche Vorgaben an die staatliche Verwaltung

Die DSGVO verändert die datenschutzrechtlichen Rahmenbedingungen in Österreich fundamental. Sie betrifft nicht nur private Unternehmen, sondern auch die öffentliche Verwaltung. Dabei stellen sich grundlegende Fragen zum Begriff des Verantwortlichen, zum Datenschutzbeauftragten sowie zu den datenschutzrechtlichen Verpflichtungen für die Verwaltung. Das Datenschutzanpassungsgesetz 2018 nimmt einige Konkretisierungen vor, lässt aber auch Fragen offen.

Von *Konrad Lachmayer*

Evidenzblatt

→ Bestandrecht 120

OGH 26. 9. 2017, 5 Ob 159/17 v

15: Pferdehof mit Weideflächen ist keine Landpacht

→ Provisorialverfahren 122

OGH 21. 9. 2017, 7 Ob 134/17 g

16: Gewaltschutz-EV auf Antrag des Sachwalters der Ehefrau

→ Sachenrecht 124

OGH 29. 6. 2017, 8 Ob 65/17 t

17: Begründung einer Servitut bei Aufhebung der Eigentümeridentität

Mit Anmerkung von *Andreas Frössel*

→ Schuldrecht 127

OGH 5. 7. 2017, 7 Ob 67/17 d

18: Unabdingbare Werklohn-Sicherstellung nicht auf Bauabschnitt beschränkt

Mit Anmerkung von *Lukas J. Peissl*

→ Wohnrecht 130

OGH 26. 9. 2017, 5 Ob 133/17 w

19: Wechsel des Verwalters

→ Strafprozessrecht 133

OGH 11. 12. 2017, 12 Os 145/17 s

20: Gesetzlicher Richter bei Konnexität

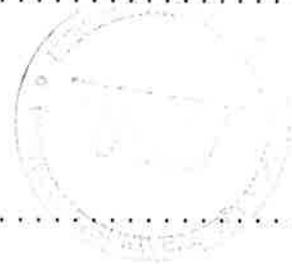
→ Strafrecht 137

OGH 4. 7. 2017, 14 Os 15/17 p

21: Verleumdung

EvBI-Leitsätze

| | |
|--|-----|
| → Amtshaftungsrecht | 139 |
| OGH 30. 8. 2017, 1 Ob 130/17 z | |
| 16: Haftung für verzögertes Ausfolgen eines Autos nach Ende des Ermittlungsverfahrens | |
| → Außerstreitverfahren | 139 |
| OGH 24. 10. 2017, 2 Ob 66/17 w | |
| 17: Überlassung an Zahlungs statt ohne Antrag? | |
| → Schadenersatzrecht | 140 |
| OGH 28. 9. 2017, 8 Ob 103/17 f | |
| 18: Wegehalterhaftung für elektrische Viehsperre | |
| OGH 28. 9. 2017, 2 Ob 133/16 x | 140 |
| 19: Treuhändige Kommanditbeteiligung des unerfahrenen Anlegers | |
| → Zivilverfahrensrecht | 141 |
| OGH 18. 7. 2017, 10 ObS 53/17 t | |
| 20: Unzulässigkeit des Rechtswegs mangels Bezugsvarianten-Änderung beim Kinderbetreuungsgeld (KBG) | |
| OGH 30. 8. 2017, 1 Ob 92/17 m | 141 |
| 21: Voraussetzungen der Berichtigung einer Parteibezeichnung | |
| → Strafprozessrecht | 142 |
| OGH 13. 9. 2017, 11 Os 78/17 f | |
| 22: Beschwerdegegenstand einer Bewilligung ist Entscheidungszeitpunkt erster Instanz | |
| → Strafrecht | 142 |
| OGH 4. 7. 2017, 14 Os 33/17 k | |
| 23: Unterbleiben des Verfalls ex ante zu beurteilen | |



Forum

| | |
|---|-----|
| → 300 Jahre staatliche Handelsgerichtsbarkeit | 143 |
| Symposium am 13. 11. 2017 im Justizministerium | |
| Von Carmen Walser | |

Kosten

| | |
|--------------------------|-----|
| → Kostenseitig | 144 |
| Von Josef Obermaier | |

Standards

| | |
|-----------------------|-----|
| → Impressum | 100 |
|-----------------------|-----|

Buchhandlung MANZ

Wo sonst wird man so kompetent beraten?

Kohlmarkt 16, 1010 Wien
 Montag bis Freitag von 9.30 bis 18.30 Uhr,
 Samstag 9.30 bis 17 Uhr
 Tel.: +43 1 531 61-100, bestellen@manz.at

MANZ 

ÖGZ

ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE-ZEITUNG

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes



Österreichischer
Städtebund

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-ZM2

02/2018



STÄDTEPARTNERSCHAFT
Salzburg und Singida

HIDDEN CHAMPION
Computer – aus alt wird neu

OECD IM RATHAUS
Treffen der Water Governance Initiative



NACHHALTIGKEITZIELE DER UNO
Lokale Initiativen für
globale Herausforderungen

GENERALSEKRETÄR



Die Welt als Dorf

Der Ausspruch „Die Welt ist ein Dorf“ ist vielen bekannt und die dahinterstehende Bedeutung, dass entfernte scheinende Dinge oft doch Gemeinsamkeiten haben, hat sich schon oft bewahrt. Der Prozess der Globalisierung, also die Entstehung weltweiter Verflechtungen, ist ein Beispiel dafür – sei es in der Wirtschaft, in der Kommunikation, in der Umwelt oder der Politik. Globale Vernetzung bedingt aber auch die Ausbreitung von negativen Effekten wie etwa Ressourcenknappheit und soziale Spannungen. Diese globalen Zusammenhänge und deren Auswirkungen auf den Menschen und seinen unmittelbaren Lebensraum versucht das Buch „Unser kleines Dorf“ darzustellen. Es zeigt, was wäre, wenn die Welt ein Dorf mit 100 Menschen wäre. Die Ungleichheiten bei Energieverbrauch, Vermögensverteilung oder Wasserversorgung werden plötzlich auf lokaler Ebene ganz drastisch sichtbar. Ziel muss es daher sein, dass nachhaltige weltweite Bestrebungen vor allem bei den Menschen vor Ort spürbar werden.

Dr. Thomas Weninger,
Generalsekretär Österreichischer Städtebund

STÄDTEBUND AKTUELL 04
Kurzmeldungen aus dem Städtebund

PERSONALIA 09
Bürgermeisterwechsel

KOMMUNALNEWS 10
Aktuelles aus den Städten

**SCHWERPUNKTTHEMA
NACHHALTIGKEITSZIELE DER UNO**

Christine Oppitz-Plörer
Zukunft nachhaltig mitgestalten 16

Andreas Exenberger
Unser kleines Dorf 18

Kevin Muik
Sustainable Development Goals & Neue Urbane Agenda 20

Jennifer Pinno-Rath
Globalè Nachhaltigkeitsziele lokal umsetzen 21

Wouter Boesman
Localization of the SDGs in Europe and beyond 23

Alexandra Schantl, Thomas Prorok
Nachhaltig weiterentwickeln 25

Norbert Feldhofer, Pia Paola Huber, Stephanie Smutny
Ein Handlungsauftrag auch für die lokale Ebene! 29

Sylvia Meier-Kajbic
Umsetzung der Agenda 2030 in Österreich 32

Betty De Wachter
Localising SDGs 34

Jonas Wiggers
Grenzenlos kommunal 37

Bettina Bunk
Die Umsetzung der Agenda 2030 in der Landeshauptstadt Stuttgart 39

Robert Leven
Hesperingen bringt die SDGs in die Praxis 41

Bernhard Bouzek
Die Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe der Stadt Wien 43



PRÄSIDENT



Lokale Entwicklungs- zusammenarbeit

Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben 17 Ziele definiert, deren Erreichen weltweit eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen soll. Diese sogenannten SDGs (Sustainable Development Goals) – kurz #globalgoals – wurden 2015 beschlossen und sollen bis Ende 2030 u. a. Armut bekämpfen, die Gleichstellung der Geschlechter vorantreiben, die Gesundheitsversorgung verbessern und dem Klimawandel entgegensteuern. Im Mittelpunkt steht dabei der Mensch. Umso wichtiger ist daher die regionale und lokale Dimension der SDGs. Zahlreiche Initiativen verschiedenster Organisationen und Unternehmen sowie Städte und Gemeinden beteiligen sich bereits mit großem Engagement. Doch Handlungsbedarf besteht nach wie vor. Der Weg zum Umsetzen der nachhaltigen Entwicklungsziele ist ein weiter, aber auch die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt. Und Österreich ist ganz vorne mit dabei.

Lineo Devecchi 45
SDG-Umsetzung in Schweizer Gemeinden

Nina Ertl 47
Die FAIRTRADE-Gemeinde-Kampagne

Dieter Rachbauer 50
Städtepartnerschaft und Regionalkooperation

MAGAZIN 53
Neueste Entwicklungen und Veranstaltungen

LITERATUR 73
Aktuelle Rezensionen

RECHT 74
Kommanditgesellschaft im Kommunalsteuerrecht |
Ist das EU-Beihilferecht auch im EZA-Sektor anwendbar?

FINANZEN 78
Ertragsanteilsvorschüsse für Dezember 2017 und Jänner 2018

HIDDEN CHAMPION 80
Ein zweites Leben für Computer

ZU GUTER LETZT 82
Kommende Termine und mehr

IMPRESSUM/OFFENLEGUNG 83



Dr. Michael Häupl,
Präsident Österreichischer Städtebund



INHALT 4 · 2018

DVBI aktuell
Vorschau/Impressum

Aufsätze

Rechtsprechungsreport zum Umweltrecht
PräsOVG Joachim Buchheister, Berlin **201**

Neuere Entwicklungen bei der Korruptionsprävention in der öffentlichen Verwaltung
Dr. Heinz-Jörg Borkenstein, Düsseldorf und Dr. Klaus Stadler, Bonn **206**

Wettbewerbsregistergesetz: Korruptionsprävention im Vergabeverfahren
Ministerialrat Rüdiger Meixner, Idstein **215**

Bauleitplanung – Rechtsprechung des BVerwG 2015–2017
Prof. Dr. Bernhard Stürer, Münster/Osnabrück **221**

Bericht

Schulden und Sozialrecht – Tagungsbericht zur 49. Richterwoche des Bundessozialgerichts
Ri'inSG Sylvia Schmidt und RiSG Dr. Franz Guttenberger, LL.M., Kassel **231**

Buchbesprechungen

Wollenschläger: Grundfreiheit ohne Markt
Ministerialrat Dr. Michael Fuchs, M.A., Magister rer. publ., Berlin **237**

Berger: Die Ordnung der Aufgaben im Staat
Rechtsanwalt Dr. Matthias Wiemers, Berlin **237**

Bundesverfassungsgericht (Hrsg.), Graßhof (Bearbeiterin): Nachschlagewerk der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts
Prof. Dr. Friedhelm Hufen, Mainz **239**

III Roß: Die Neuordnung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag
Prof. Dr. Herbert Bethge, Passau **239**

VII Kopp/Ramsauer: Verwaltungsverfahrensgesetz
Prof. Dr. Bernhard Stürer, Münster/Osnabrück **240**

Rechtsprechung

Bundesverfassungsgericht

BVerfG, 1. Sen., Beschl. v. 10.10.2017 – 1 BvR 2019/16 – Personenstandsrecht muss weiteren positiven Geschlechtseintrag zulassen – mit Anmerkung Wiemers **241**

Bundesverwaltungsgericht

BVerwG, Urt. v. 20.07.2017 – 2 C 31.16 – Finanzielle Abgeltung unionsrechtswidriger Zuvielarbeit von Feuerwehrbeamten **248**

BVerwG, Urt. v. 21.09.2017 – 2 C 30.16 – Teilweise Anrechnung einer Grundgehaltserhöhung auf Leistungsbezüge im Rahmen der Professorenbesoldung **251**

Oberverwaltungsgerichte/

Verwaltungsgerichtshöfe

OVG RP, Beschl. v. 17.10.2017 – 2 B 11451/17 – Verpflichtung privater Rundfunkveranstalter zur Einräumung von Drittsendezeiten **255**

OVG NRW, Beschl. v. 07.12.2017 – 4 B 1538/17 – Ladenöffnung am 2. Adventssonntag in Düsseldorfer Innenstadt zulässig **261**

OVG NRW, Urt. v. 20.11.2017 – 4 A 2563/15 – Zulässigkeit der Sachverständigentätigkeit eines Hochschullehrers **265**

Nds OVG, Beschl. v. 05.12.2017 – 13 ME 181/17 – Zuständigkeit der Ausländerbehörde nach unerlaubter Wiedereinreise **268**

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.

3 2018

Inhalt

| | | | |
|--------------------|--|--|-----|
| Aufsätze | <i>M.-J. Seibert</i> , Die Fehlerbehebung durch ergänzendes Verfahren nach dem UmwRG – Neue prozessuale Instrumente zur Genehmigungserhaltung | 97 | |
| | <i>J. Schemmel</i> , Die geschäftsführende Bundesregierung | 105 | |
| | <i>J. Bergmann/C. Paehlke-Gärtner</i> , Zur Dogmatik des Konkurrentenstreits – Baden-Württembergische Rechtsprechungslinien | 110 | |
| | <i>K. Ritgen</i> , Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung in den Verfassungsräumen von Bund und Ländern | 114 | |
| | <i>T. Pastor</i> , Die Einhaltung des Curricularnormwerts im Studiengang Medizin als Problem im Kapazitätsprozess | 119 | |
| Aufsätze Online | <i>S. Schmahl/F. Jung</i> , Die Genfer Flüchtlingskonvention – „Magna Charta“ des Flüchtlingsrechts | 125 | |
| Kurze Beiträge | <i>E.-M. Kremer</i> , Das Trennungsgebot des Glücksspielstaatsvertrags – „Gebäudekomplex“ | 126 | |
| Zur Rechtsprechung | <i>F. Weber</i> , Analogiebildung und „Lückenfüllung“ im Aufenthaltsrichterrecht – Zur Entscheidung des EuGH in der Rs. Lounes | 130 | |
| Mitteilungen | <i>A. Schöneberger</i> , 38. Wasserwirtschaftsrechtlicher Gesprächskreis des Instituts für Deutsches und Europäisches Wasserwirtschaftsrecht der Universität Trier | 133 | |
| Buchbesprechungen | <i>H. D. Jarass</i> , Charta der Grundrechte der Europäischen Union (<i>A. Epiney</i>) | 135 | |
| | <i>E. M. Frenzel</i> , Was bleibt (<i>H. Weber</i>) | 135 | |
| | <i>H. Johlen/M. Oerder</i> , Münchener Anwaltshandbuch Verwaltungsrecht (<i>H.-J. Müggenborg</i>) | 136 | |
| Rechtsprechung | | | |
| EuGH | 14. 11. 17 – C-165/16 | Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Familienangehörigen | 137 |
| EuGH | 20. 12. 17 – C-158/16 | Anspruch auf Sonderurlaub für befristet Beschäftigte – Diskriminierung (Ls.) | 140 |

| | | | |
|---------------|----------------------------|---|------------|
| BVerfG | 21. 11. 17 – 2 BvR 2177/16 | Verlagerung der Verpflichtung zur Kinderbetreuung auf Landkreise Anm. C. Brüning | 140 155 |
| BVerfG | 8. 9. 17 – 1 BvR 984/17 | Aufnahme eines bekenntnisfremden Schülers in öffentlicher Bekenntnisschule | 156 |
| BVerfG | 6. 10. 17 – 2 BvR 987/16 | Verletzung des Rechts auf den gesetzlichen Richter (Ls.) | 158 |
| NWVerfGH | 21. 11. 17 – VerfGH 21/16 | Sperrklausel für Wahlen der Gemeinderäte und Kreistage verfassungswidrig Anm. H. Meyer | 159 172 |
| BVerwG | 28. 9. 17 – 5 C 10/16 | Beihilfegewährung für vorsorgliche Brustdrüsenentfernung | 173 |
| BVerwG | 13. 11. 17 – 4 B 23/17 | Festsetzung einer von der offenen Bauweise abweichenden Bauweise Anm. T. Schröer/D. Kümmel | 176 178 |
| BVerwG | 29. 6. 17 – 7 C 22/15 | Informationszugang zu Unterlagen des Statistischen Bundesamtes | 179 |
| BVerwG | 10. 10. 17 – 9 A 16/16 | Befangenhheitsablehnung bei richterlichen Hinweisen und Anregungen | 181 |
| OVG Saarlouis | 10. 7. 17 – 2 B 554/17 | Überlassung von kommunalen Räumlichkeiten an NPD | 183 |
| BGH | 20. 9. 17 – V ZB 180/16 | Aufhebung von Abschiebungshaft (Ls.) | 184 |

NVwZ aktuell

| | |
|--|------|
| In eigener Sache, NVwZ-Blog, NVwZ-RR | VII |
| NJW, Rechtsprechung in Pressemitteilungen | VIII |
| Rechtsprechung in Leitsätzen | IX |
| Gesetzgebungsverfahren und Förderung von Open Data | X |
| Tagungsbericht | XI |



ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2018: NVwZ ohne NVwZ-RR: jährlich € 325,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) jährlich € 285,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,50 (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: jährlich € 519,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** (w. o.) jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,50 (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb

von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. **Jahrestei und -register** sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

ÖSTERREICHISCHE RICHTERZEITUNG

ORGAN DER RICHTER UND
STAATSANWÄLTE ÖSTERREICHS

01-02/18 | 96. Jahrgang

1 EDITORIAL

3 RICHTERTAG 2017

32 IMPRESSUM

32 PERSONALIA

33 INTERNA

33 ENTSCHEIDUNGEN

33 Entscheidungsübersicht

U3 VERANSTALTUNGSKALENDER

EDITORIAL

Rechtsstaat - zurück in die Zukunft?

VON CHRISTIAN HAIDER, SABINE MATEJKA UND MARTIN ULRICH | SEITE 1

RICHTERTAG 2017

RECHTSSTAAT - ZURÜCK IN DIE ZUKUNFT

mit Beiträgen von

GERNOT KANDUTH | SEITE 5

CHRISTIANE WENDEHORST | SEITE 6

WERNER ZINKL | SEITE 13

CHRISTIAN HAIDER | SEITE 17

MUNA DUZDAR | SEITE 18

WOLFGANG BRANDSTETTER | SEITE 19

HEINZ FISCHER | SEITE 22

SABINE MATEJKA | SEITE 28

Inhalt 02_2018

- 77 Editorial
- 79 Wichtige Informationen
- 156 Europa aktuell
- 175 Inserate

AUTOREN DIESER AUSGABE:

- Mag. Ursula Koch, ÖRAK
- RA Britta Kynast, ÖRAK Büro Brüssel
- Mag. Christian Moser, ÖRAK
- RA Dr. Gernot Murko, Klagenfurt am Wörthersee
- Judith Priglinger, Bibliothek RAK Wien
- RA Dr. Armenak Utudjian, Wien

157 ABHANDLUNG

- 157 Die rechtsanwaltlichen Versorgungseinrichtungen
Ursula Koch

160 SERVICE

- 160 Im Gespräch



Mag. Michael AUFNER, Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz Mike Ranz

- 164 Termine
- 165 Chronik
- 166 Aus- und Fortbildung
- 171 Zeitschriftenübersicht



FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT
22. JG. Heft 02, Februar 2018

Zitiervorschlag:
immolex 2018, Seite
immolex 2018/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR
Dr. E. GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. M. EBERWEIN
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
Dr. S. MALAINER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER
Dr. A. STARIBACHER

EDITORIAL

Immobilienfinanzierung auf dem Prüfstand

Herbert Rainer

Impressum

33

U3

LEITSÄTZE

Nr. 9 – 15

36

GRUNDBUCHSRECHT

Immobilientransaktionen über die Blockchain

Ziel der Abhandlung ist es, eine leicht umsetzbare Idee vorzustellen und zur Diskussion zu stellen, die Österreich – aufbauend auf dem einwandfrei funktionierenden und digitalisierten Grundbuch – in puncto EDV-Anwendungen in der Justiz (wieder einmal) zu einer Vorreiterrolle verhelfen könnte.

Thomas Seeber / Manuel Schweiger / Martin Schachner

38

ABGABENRECHT

Zur Gleichheitswidrigkeit bei Versagung der Option zur Steuerpflicht bei Vermietung an Ärzte

Im Auftrag der Bundesärztekammer haben die Autoren, die die Ergebnisse in diesem Beitrag kurz darstellen, in einem ausführlichen Gutachten die Frage der Gleichheitswidrigkeit bei Versagung der Option zur Steuerpflicht nachuntersucht. Neben Verstößen gegen den Gleichheitssatz der Bundesverfassung wurden, was für die juristische Angreifbarkeit der Bestimmungen ausschlaggebend sein dürfte, klare Verstöße gegen die EU-MwStSyst-RL sowie gegen das Gebot der Steuerneutralität festgestellt.

Andreas Staribacher / Felix Müller

42

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Zur Ausnahme vom Rücktrittsrecht des FAGG

Christoph Kothbauer

64

MIETRECHT

OGH 25. 10. 2017, 8 Ob 116/17 t • Objektiver baulicher Zustand für Beurteilung der Zahl der Mietobjekte maßgeblich (Franz Pfiel)

46

OGH 26. 9. 2017, 5 Ob 157/17 z • Anzeige vom Machtwechsel bei der mietenden Gesellschaft (Alexander Klein)

47

OGH 4. 7. 2017, 3 Ob 12/17 m • Verwendung zu Wohnzwecken durch den Untermieter (Nicole Neugebauer-Herl)

48

OGH 29. 8. 2017, 5 Ob 70/17 f • Zum dringenden Wohnbedürfnis

49

OGH 21. 11. 2017, 6 Ob 154/17 s • Zur Regressmöglichkeit des Bestandgebers bei der Bestandvertragsgebühr (Christian Prader)

50

OGH 25. 10. 2017, 3 Ob 160/17 a • Eintritt des Einzelrechtsnachfolgers in das Bestandverhältnis gemäß § 1120 ABGB (Daniel Richter)

52

OGH 30. 10. 2017, 9 Ob 48/17 z • Zum Benützungsentgelt bei fehlender Benützung(smöglichkeit), zur Auslegung eines Aufrechnungsverzichts des Mieters und zur fehlenden Verpflichtung zur Inanspruchnahme der Kaution (Natascha Brandstätter)

53

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

- OGH 27. 6. 2017, 5 Ob 7/17 s • Begehren auf gleichartige Nutzung von allgemeinen Teilen widerspricht der Rechtsnatur einer Benützungserklärung (*Sigrid Ráth*) 54
- OGH 26. 9. 2017, 5 Ob 72/17 z • Vereinbarung einer abweichenden Aufteilung der Aufwendungen (*Robert Streller*) 55

WOHNUNGSGEMEINNÜTZIGKEITSRECHT

- OGH 23. 10. 2017, 5 Ob 169/17 i • Kosten der Überprüfung der Dichtheit der Gasverteilungsleitungen stellen keine Betriebskosten dar (*Franz Pfeil*) 56
- OGH 23. 10. 2017, 5 Ob 144/17 p • Zur Auslegung des Begriffs „sonstige Räumlichkeiten der Baulichkeit“ im WGG (*Christian Prader*) 58

GRUNDBUCHSRECHT

- OGH 27. 6. 2017, 5 Ob 96/17 d • § 12 GrEStG räumt lediglich dem „Parteienvertreter“ die Möglichkeit einer Selbstberechnungserklärung gegenüber dem Grundbuchsgericht ein (*Stephan Verweijen*) 61

ABGABENRECHT

- BFG 17. 11. 2016, RV/2101044/2016 • Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung: Abgrenzung Instandsetzungsaufwendungen/Instandhaltungsaufwendungen (*Karin Fuhrmann*) 62



JAHRESTAGUNG UNTERNEHMENSFÜHRUNG FÜR ANWALTSKANZLEIEN 2018

Best Practice Beispiele für eine effiziente Kanzleisteuerung

Themen:

- Business Development/Marketing/PR
- Kanzlei-Rankings
- Verhandlungstraining für Anwälte
- Zahlengestütztes Kanzlei-Management

Mittwoch, 7. März 2018

Hotel Astoria, Kärntner Straße 32-34, 1010 Wien
9.00–17.00 Uhr

INTENSIV-WORKSHOP PR, Marketing und Business Development für Kanzleien Donnerstag, 8. März 2018

Hotel Astoria, Kärntner Straße 32-34, 1010 Wien



Tagungsleitung:

Mag. **Alexander Gendlin**, Managing Director
Law Business – Unternehmensberatung für die
Rechtsbranche und MANZ- und C.H.BECK-Autor.

Jetzt anmelden!

www.manz.at/rechtsakademie

c't

magazin
computertechnik

WU
D3-Z311



17.2.2018 5

Bitcoin-Risiko
Online-Wallets

Bootet nicht • Netzwerk zickt • Updates klemmen • Treiber haken

Windows-Selbsthilfe starten

Die unterschätzten Reparaturfunktionen

AMD Ryzen mit Vega-Grafik

Prozessoren und Boards im c't-Labor

IM
TEST

- 4K-Drohne DJI Mavic Air
- Dokumenten-Scanner und -Apps
- Ryzen-Notebooks
- Videoschnitt kostenlos



c't deckt auf: Affiliate-Abzocke

IoT ohne Cloud: Eigene Ideen umsetzen

Was Sport-Tracker öffentlich ausplaudern

Linux-Container unter Windows nutzen

Allround-Displays bis 27 Zoll

Hohe Auflösung ab 290 Euro

€ 4,90
AT € 5,40 | LUX, BEL € 5,70
NL € 5,90 | IT, ES € 6,20
CHF 7,10 | DKK 54,00

Rechte für Nutzer, Regeln für Firmen, Pflichten für Websites

EU-Datenschutz: Jetzt handeln!

c't-Checkliste: Bußgeld und Abmahnung vermeiden



Inhalt 5/2018

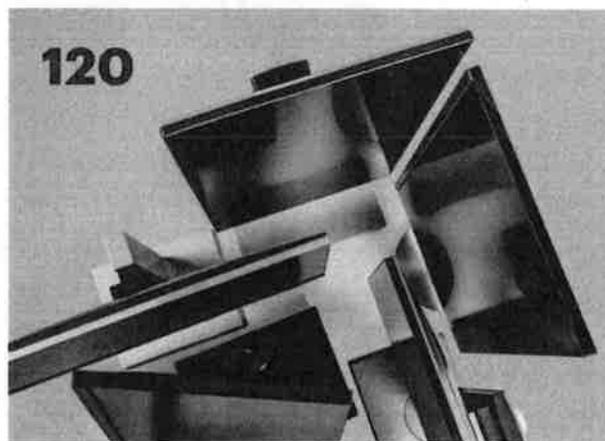
Trends & News

- 16 Was Sport-Tracker öffentlich ausplaudern**
- 20 Sicherheits-Chips im Härtestest:**
Die „guten Hacker“ von TÜViT
- 22 c't deckt auf: Affiliate-Abzocke**
- 26 Affiliate-Abzocke:** Schädliche Add-ons manipulieren Geldströme
- 28 Gesundheitsdaten:** Apple will Zugriff auf Medizindaten in den USA erleichtern
- 30 Koalitionsvertrag:** Die netzpolitischen Lücken
- 31 Hardware:** Schnellerer Celeron J4105, Notebook-Tasten einzeln, Schloss für den USB-Port
- 32 Foto und Büro:** LibreOffice mit OpenPGP, Mess-Tool für Objektive, Schnelleres Lightroom
- 33 Internet:** Firefox 59 sicherer, Progressive Web Apps in iOS und Windows
- 33 Linux:** Kernel mit Spectre-Schutz, KDE Plasma 5.12
- 34 WLAN:** Datenübertragung per Licht, Broadcast Services, Full Duplex
- 35 Server & Storage:** Xeon D-2100 und Ampere A1 für Storage-Server, SSDs mit Z-NAND
- 36 E-Auto:** Nissan Leaf 2 mit Schnellladetechnik Chademo
- 37 Apple:** iOS-App zur Blutzuckermessung, Pläne gegen iOS-Pannen
- 38 Embedded World:** IoT-Sicherheit, Prozessoren, Fachkräftemangel
- 42 Embedded Systems:** Telepräsenzroboter, HutschieneMontage für ESP8266, Raspi im Industriegehäuse
- 44 Internet of Things:** Aufrüstung der LTE-Netze
- 176 Web-Tipps:** YouTube-Weltreise, Pokémon, Englisch lernen

Test & Kaufberatung

- 46 Mesh-WLAN-Kit** EnGenius EMR3000
- 48 PC sendet auf Mittelwelle** mit System Bus Radio
- 49 PS4-Controller** Hori Onyx
- 49 Display-Folie fürs iPad:** PaperLike
- 50 Schnäppchen-Smartphone** Honor View 10

- 51 4K-Drohne** DJI Mavic Air
- 52 Augmented-Reality-Brille** Meta 2
- 54 Offener Studio-Kopfhörer** Sennheiser HD 660 S
- 54 Headset für binaurale Tonaufnahmen:** Sennheiser Ambeo Smart
- 56 Alexa-Lautsprecher:** Ultimate Ears Blast und Megablast
- 56 Smart-Home-Schalter:** Logitech Pop
- 57 Video-App:** Google Research Storylab
- 57 Mobil-Browser** Cake: Swipen statt tippen
- 58 Kamera für Streaming-Einsätze:** Livestream Mevo Plus
- 60 Digital Audio Workstation:** Ableton Live 10
- 82 AMD Ryzen mit Vega-Grafik**
- 86 AM4-Mainboards** für AMD Ryzen G
- 90 Ryzen-Notebooks**
- 92 Gaming-Notebook** Asus RoG Strix GL702ZC mit AMD Ryzen R7 1700 und Radeon RX 580
- 94 Videoschnitt kostenlos**
- 120 Allround-Displays bis 27 Zoll**
- 126 Dokumentenscanner und -Apps**
- 134 Software-Zubehör** zu Dokumentenscannern
- 178 Buchkritik**
- 180 Spielekritik**



Allround-Displays bis 27 Zoll

2560 × 1440 Pixel Auflösung bieten fast 80 Prozent mehr Desktop-Fläche als Full HD – und benötigen im Unterschied zu 4K-Geräten keine spezielle Grafikkarte. Fünf Büromonitore mit mattiertem Schirm ab 290 Euro im Test.



Windows-Selbsthilfe starten

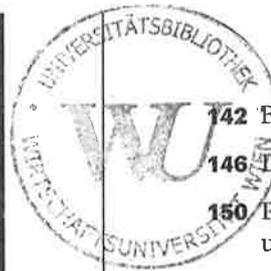
Wenn Windows hakt, will man nicht lange nach Ursachen suchen, sondern dass es einfach wieder geht. Wie wäre es mit einem Knopf, der genau das macht? Überraschung: Solche Knöpfe hat Windows tatsächlich. Wir zeigen Ihnen, wann Sie welchen drücken müssen.

Wissen

- 62 Vorsicht, Kunde: Dell repariert unnötig teuer
- 64 **Bitcoin-Risiko Online-Wallets**
- 116 Windows 10: Bundesbehörden ignorieren Sicherheitsbedenken
- 166 Laser-Entfernungsmessgeräte: Aufbau und Funktionsweise
- 170 **IoT ohne Cloud: Eigene Ideen umsetzen**

Praxis & Tipps

- 68 **Windows-Selbsthilfe starten**
- 74 Wie Windows Startprobleme selber löst
- 80 Windows RE prüfen und reparieren
- 100 **EU-Datenschutz: Jetzt handeln!**
- 104 Das neue Datenschutzrecht für Website-Betreiber
- 108 Strengere Datenschutz-Vorschriften für Unternehmen und Konzerne
- 112 Die DSGVO bringt den Bürgern neue Rechte

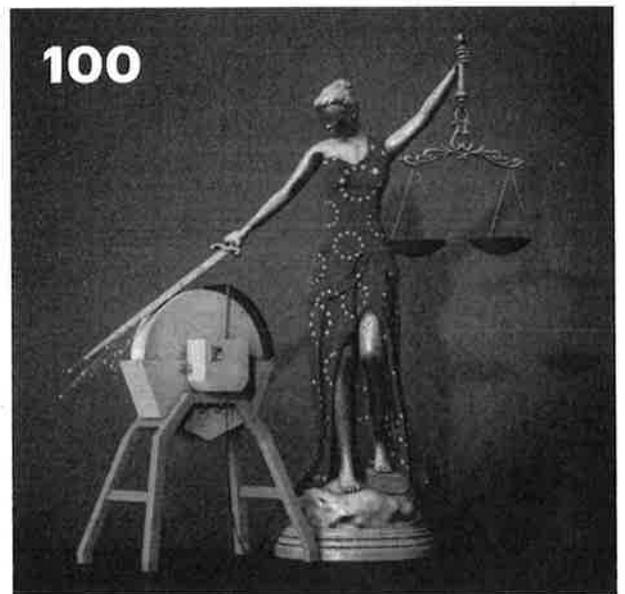


- 142 Bash-Experimente mit Raspbian
- 146 Die Partitionierung moderner Windows-PCs
- 150 PDF-Dokumente unter Linux nachbearbeiten und ergänzen
- 152 Tipps & Tricks
- 156 FAQ: Basics zum Linux-Kernel, Teil 3
- 160 **Linux-Container unter Windows nutzen**
- 164 Unter Linux auf der Kommandozeile im Internet suchen

Rubriken

- 3 Editorial: Eins und eins macht Zweitverwertung
- 10 Leserforum
- 15 Schlagseite
- 184 Story: Schrebergarten 5.0 von *Martin Kreft*
- 194 Stellenmarkt
- 200 Inserentenverzeichnis
- 201 Impressum
- 202 Vorschau

100



EU-Datenschutz: Jetzt handeln!

Die neue EU-Datenschutz-Grundverordnung tritt im Mai in Kraft. Sie betrifft jeden: Verbraucher erhalten viel mehr Rechte, etwa bei Auskünften über ihre Daten. Unternehmen müssen ihre Abläufe sofort an das neue Recht anpassen, sonst drohen empfindliche Geldbußen.

In dieser Ausgabe:

• Nachruf

Nachruf auf Harald Ehlers (S. 353)
von Professor Dr. Hans Haarmeyer, Bonn

• ZInsO-Aufsätze

Der Begriff der Zahlungsunfähigkeit (S. 354)
von Richter am BGH Professor Dr. Markus Gehrlein, Karlsruhe

Fortbestehensprognosen (FBP) (S. 362)
von Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Michael Hermanns, Wuppertal
und Wirtschaftsprüfer/Steuerberater Tim Blome, Wuppertal

Anmerkung zu OLG Stuttgart, Beschl. v. 25.10.2017 – 1 Ws 163/17 (S. 370)
von Leitender Oberstaatsanwalt Folker Bittmann, Dessau-Roßlau

• ZInsO-Rechtsprechungsreport

Internationale Zuständigkeit: (Keine) Sachliche Anwendung der VO (EU) Nr. 1215/2012 (Brüssel 1a-VO) auf deliktische Schadensersatzklage gegen Mitglieder eines Gläubigerausschusses wegen des von ihnen im Insolvenzverfahren abgelehnten Sanierungsplans (S. 375)
EuGH, Urt. v. 20. 12. 2017 – Rs. C-649/16

Erhöhung der Pfändungsfreigrenzen und Kosten medizinischer Behandlung; Sachleistungen (S. 377)
BGH, Beschl. v. 21. 12. 2017 – IX ZB 18/17

Anforderungen an den Vortrag zur Zahlungsunfähigkeit eines Schuldners; Berücksichtigung der innerhalb von drei Wochen nach dem Stichtag fällig werdenden Passiva II (S. 381)
BGH, Urt. v. 19. 12. 2017 – II ZR 88/16

Keine Geltendmachung von Ansprüchen der KG durch einen Kommanditisten gegen den Fremdgeschäftsführer der Komplementär-GmbH (S. 400)
BGH, Urt. v. 19. 12. 2017 – II ZR 255/16

Nationales Recht maßgeblich für Klagen ehemaliger Arbeitnehmer gegen Geschäftsführer wegen Verstoßes gegen Pflicht zur Einberufung der Hauptversammlung nach schweren Verlusten der (akut existenz- bzw. insolvenzbedrohten) AG (S. 407)
EuGH, Urt. v. 14. 12. 2017 – Rs. C-243/16

Widerruf der Abtretung künftiger Besoldungsbezüge (S. 423)
VGH München, Beschl. v. 11. 1. 2018 – 3 ZB 14.2645



WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z 325

Michael Bretz
RA Dr. Christian Brünkmans
RA Dr. Jan de Weerth
Prof. Dr. Ulrich Foerste
RA Dr. Michael C. Frege
RiAG Frank Frind
RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein
Prof. Dr. Hugo Grote
RA Dr. Andreas Henkel
WP/StB Michael Hermanns
Prof. Dr. Heribert Hirte
RiAG Martin Horstkotte
Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber
RA Peter J. Hützen
RA Dr. Karen Kuder
RA Dr. Norbert Küpper
RiAG Dr. Peter Laroche
Prof. Dr. Wolfgang Marotzke
PD Dr. Sebastian Mock
RA Dr. Patrick Mückel
Prof. Dr. Bettina Nunner-Krautgasser
RA Dr. Manfred Obermüller
Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit
RA Prof. Dr. Klaus Pannen
RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape
RA Dr. Christoph Poertzgen
RA Stephan Ries
Prof. Dr. Thomas Rönnau
Prof. Dr. Jessica Schmidt
RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn
RiBGH a.D. Gerhard Vill
OSTA Raimund Weyand

Schriftleiter:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

39. Jahrgang
Heft 6
9. Februar 2018

Herausgeber:
RA Dr. Bruno M. Kübler
(Geschäftsführender Herausgeber)
Prof. Dr. Reinhard Bork
Prof. Dr. Wolfgang Lücke
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hanns Prütting
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Karsten Schmidt

Herausgeberbeirat:
Prof. Dr. Holger Altmeppen
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. A. Bergmann
Prof. Dr. Georg Bitter
Prof. Dr. Moritz Brinkmann
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. C.-W. Canaris
Prof. Dr. Ulrich Ehrlicke
Prof. Dr. Horst Eidenmüller
Prof. Dr. Dr. h. c. Holger Fleischer
Prof. Dr. Walter Gerhardt
RA Dr. Burkard Göpfert
Vors. Richter am BGH a. D. Prof. Dr. W. Goette
MinDir. Marie Luise Graf-Schlicker
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Dr. h. c. Wolfram Henckel
Prof. Dr. Florian Jacoby
RA/StB Dr. Günter Kahlert
Vors. Richter am BGH Prof. Dr. G. Kayser
RA Dr. Bernd Klasmeyer
Prof. Dr. Lars Klöhn
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Marcus Lutter
Prof. Dr. Christoph G. Paulus
Vors. Richter am BGH a. D. Dr. h. c. V. Röhrich
Prof. Dr. Carsten Schäfer
Prof. Dr. Christoph Thole
Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Peter Ulmer
RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen

Inhaltsverzeichnis

ZIP-aktuell

| | | |
|--|------|--------|
| BGH: Kartellrechtswidrige Rabatfforderungen durch Edeka nach Plus-Übernahme | A 11 | Nr. 32 |
| BGH zum Vergütungsanspruch des für Insolvenzschuldner bestellten Prozesspflegers | A 11 | Nr. 33 |
| BGH: Reisepreis-Erstattung nach Änderung der Reiseleistung durch Veranstalter | A 11 | Nr. 34 |
| BFH zur Zahlung eines überhöhten Entgelts durch GmbH an Gesellschafter nahestehende Person | A 12 | Nr. 35 |
| BAG: Kein Betriebsübergang ohne Wechsel in der verantwortlichen Person | A 12 | Nr. 36 |
| OLG Köln: Nutzung der Kunden-Router für flächendeckendes WLAN-Netz | A 12 | Nr. 37 |
| LAG Köln: Geschäftsführer von Managementberatungsgesellschaft kein Arbeitnehmer | A 12 | Nr. 38 |

Aufsätze

| | | |
|--|---|-----|
| <i>Christoph G. Paulus, Berlin</i> <i>Reinhard Dammann, Paris</i> | Präsidentielle Vorgaben und Symbiosen im Insolvenzrecht: Annäherungen zwischen Deutschland und Frankreich | 249 |
| <i>Keve Kovács, München</i> | Der grenzüberschreitende (Herein-)Formwechsel in der Praxis nach dem Polbud-Urteil des EuGH | 253 |
| <i>Christian Köhler-Ma</i> <i>Benedikt de Bruyn, Berlin</i> | Führungslos ins Insolvenzverfahren? | 261 |

Rechtsprechung

Bank- und Kreditsicherungsrecht

| | | | |
|-----|-----------------------------|--|-----|
| BGH | 19. 12. 2017 – XI ZR 152/17 | Zu den Beratungspflichten einer Bank bei Abschluss eines strukturierten Darlehens | 264 |
|-----|-----------------------------|--|-----|

Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht

| | | | |
|---------------|-----------------------------|---|-----|
| EuGH | 14. 9. 2017 – Rs C-628/15 | Steuergutschrift zu Gunsten nicht der Kapitalertragsteuer unterliegender Anteilseigner für ausländischen Dividendenertrag („The Trustees of the BT Pension Scheme“) | 270 |
| BGH | 19. 12. 2017 – II ZR 255/16 | Keine Geltendmachung von Ansprüchen der KG gegen Fremdgeschäftsführer der Komplementär-GmbH durch Kommanditist der GmbH & Co. KG | 276 |
| OLG Oldenburg | 8. 1. 2018 – 12 W 126/17 | Versicherung des Geschäftsführers über Nichtvorliegen von Bestellungs-hindernissen unter Einschluss der §§ 265c und 265d StGB | 278 |
| EuGH | 7. 9. 2017 – Rs C-6/16 | Zur Steuerbefreiung bei Gewinnausschüttung der Tochter an gebietsfremde Muttergesellschaft („Egiom und Enka“) (LS) | 279 |

Vertrags- und Haftungsrecht

| | | | |
|---------|-----------------------------|---|-----|
| BGH | 23. 11. 2017 – IX ZR 204/16 | Widerruf von im Fernabsatz geschlossenen Anwaltsverträgen | 279 |
| LG Köln | 24. 1. 2018 – 26 O 453/16 | Zur Unwirksamkeit der AGB einer Rechtsanwaltskanzlei (LS) | 282 |

Insolvenz- und Sanierungsrecht

| | | | |
|---------|-------------------------------|---|-----|
| BGH | 19. 12. 2017 – II ZR 88/16 + | Einbeziehung auch der Passiva II bei Feststellung der Zahlungsunfähigkeit anhand einer Liquiditätsbilanz | 283 |
| BGH | 19. 10. 2017 – IX ZR 289/14 + | Keine Insolvenzanfechtung gegenüber dem Vollstreckungsgläubiger hinsichtlich Zahlungen des späteren Insolvenzschuldners an den Zwangsverwalter | 290 |
| AG Kiel | 6. 10. 2017 – 43 Gs 4159/17 | Einsichtsrecht des Insolvenzverwalters in Strafbakte des Schuldners | 295 |

Arbeits- und Sozialrecht

| | | | |
|-----|-------------------------------|--|-----|
| BAG | 23. 11. 2017 – 6 AZR 683/16 + | Weitergeltung einer dynamischen Bezugnahme Klausel auf kirchliche Arbeitsrechtsregelungen auch nach Betriebsübergang auf weltlichen Erwerber | 296 |
| BAG | 18. 10. 2017 – 10 AZR 47/17 + | Wirksamkeit einer Versetzung auch ohne betriebliches Eingliederungs-management (LS) | 300 |

Inhalt

MAGAZIN

| | |
|--|------------|
| Gastkommentar <i>Georg Geberth</i> | M4 |
| Aktuelle Rechtsprechung | M6 |
| Anhängige Verfahren | M8 |
| Kurzbeiträge | M10 |
| Meldungen | M17 |
| Handelsblatt Nachrichten | M24 |
| Neue Datenbankinhalte | M25 |
| Interview <i>Christian Zwirner</i> | M26 |
| Handelsblatt Grafik | M28 |
| Handelsblatt Gastkommentar | M30 |
| Worte der Woche | M32 |

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

Handelsbilanzrecht/Rechnungslegung

Der Entgeltbericht - die neue Anlage zum Lagebericht

*WP/StB Dirk Rimmelspacher, Frankfurt/M. /
WP/StB Dr. Bernd Kliem, München*

DB1259767 (Kurzfassung vgl. S. M10)

S. 265

STEUERRECHT

AUFSATZ

Körperschaftsteuer

Verunglückte Organschaft wegen verspäteter Eintragung im Handelsregister

Notar Dr. Thomas Wachter, München

DB1259264 (Kurzfassung vgl. S. M12)

S. 272

Internationales Steuerrecht

Tax Cuts and Jobs Act: Bedeutung der US-Steuerreform für ausländische Investoren

RA/StB/Dipl.-Fw. (FH) Andreas Maywald, New York/USA

DB1260265 (Kurzfassung vgl. S. M13)

S. 279

KOMPAKT

Einkommensteuer

§ 50d Abs. 3 EStG 2007 unionsrechtswidrig

RiFG Dr. Michael Hennigfeld, Köln

DB1260106

S. 285

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Gewinnermittlung/Einkommensteuer

Nutzung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs für private Fahrten - Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte/erster Tätigkeitsstätte und Familienheimfahrten - Nutzung von Brennstoffzellenfahrzeugen

BMF, Schreiben vom 24.01.2018

DB1261263

S. 286

Einkommensteuer/Lohnsteuer/Umsatzsteuer

Steuerliche Behandlung von Veranstaltungen

Bayerisches Landesamt für Steuern, Verfügung vom 22.11.2017

DB1261519

S. 286

Abgabenordnung

Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem FKAustG

BMF, Schreiben vom 01.02.2018

DB1261552

S. 289

ENTSCHEIDUNGEN

Einkommensteuer/Abgabenordnung

Veranlagungswahlrecht: Einspruchsbefugnis des Insolvenzverwalters gegen einen für die Zeit nach Insolvenzeröffnung ergangenen Zusammenveranlagungsbescheid

BFH, Urteil vom 15.03.2017 - III R 12/16

DB1256395

S. 290

Erbschaft-/Schenkungsteuer

SchenkSt bei Zahlung eines überhöhten Entgelts durch eine GmbH an eine dem Gesellschafter nahestehende Person

BFH, Urteil vom 13.09.2017 - II R 32/16; II R 54/15 und II R 42/16

DB1261091

S. 293

Abgabenordnung

Verlängerte Festsetzungsverjährung bei Steuerhinterziehung eines Miterben

BFH, Urteil vom 29.08.2017 - VIII R 32/15

DB1261686

S. 295

Abgabenordnung

Aussetzungszinsen bei übereinstimmender Erledigungserklärung - Unbeachtlichkeit einer nachträglichen Änderung des angefochtenen Bescheids

BFH, Urteil vom 14.06.2017 - I R 38/15

DB1255122

S. 298

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Kartellrecht

Internetvertrieb von Markenartikeln: Zulässigkeit von Plattformverboten nach dem EuGH-Urteil Coty

RA Dr. Benedikt Rohrßen, München

DB1260372 (Kurzfassung vgl. S. M14)

S. 300

KOMPAKT

Kapitalmarktrecht

Öffentliche Übernahmen: Berücksichtigung des Kaufpreises für Wandelanleihen bei der Ermittlung der angemessenen Gegenleistung

RA Dr. Tobias Kahnert, M.Jur. (Oxford) / Wiss. Mit. Sarah Waldhauer, beide München

DB1261240

S. 306

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht/Insolvenzrecht

Geschäftsführerhaftung gem. § 64 GmbHG: Feststellung der Zahlungsunfähigkeit basierend auf Liquiditätsbilanz unter Berücksichtigung sog. Passiva II

BGH, Urteil vom 19.12.2017 – II ZR 88/16

DB1261601

S. 307

Kapitalanlage

Betrügerischer Ankauf von Lebensversicherungen: Zur Haftung eines Dritten wegen vorsätzlicher Hilfeleistung

BGH, Urteil vom 19.12.2017 – VI ZR 128/16

DB1261082

S. 315

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Betriebliche Altersversorgung

Teuerungsanpassung der Betriebsrenten in 2018

Michael Kelwing, Mülheim/R. / Gerd Ringwald, Stuttgart

DB1261231 (Kurzfassung vgl. S. M15)

S. 317

KOMPAKT

Betriebsübergang

Betriebsübergang: Verwirkung des Widerspruchsrechts bei widerspruchloser Weiterarbeit

RAin Madita Reimsbach, Köln

DB1261062

S. 323

Entgeltrecht/Gleichbehandlung

Sonderzahlung: Zulässige Differenzierung zwischen Arbeitnehmern nach Verzicht auf Entgeltbestandteile

RAin/FAinArbR Nadine Ceruti, Frankfurt/M.

DB1261244

S. 324

Betriebsverfassungsrecht/Verfahrensrecht

Einem örtlichen Betriebsrat steht kein Einsichtsrecht in unternehmensweite Bruttoentgeltlisten zu

Prof. Dr. Wolfgang Kleinebrink, Wuppertal

DB1260003

S. 325

Betriebsverfassungsrecht/Arbeitszeitrecht

Unterlassungsanspruch des Betriebsrats bei mitbestimmungswidriger Dienstplangestaltung

RA/FAArbR Achim Braner, Frankfurt/M.

DB1260422

S. 326

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebsverfassungsrecht/Arbeitszeitrecht

Mitbestimmung bei der Festlegung und Ausgestaltung von Ausgleichszeiträumen

BAG, Beschluss vom 26.09.2017 – 1 ABR 57/15

DB1257651

S. 327



Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BGH: Aufforderung zur Vorteilsgewährung durch marktstarkes Unternehmen ohne sachlich gerechtfertigten Grund – Hochzeitsrabatte (23.1.2018 – KVR 3/17)

BGH: Voraussetzungen eines Angebots i. S. v. § 5a Abs. 3 UWG – Kraftfahrzeugwerbung (18.10.2017 – I ZR 84/16)

BGH: Irreführende Blickfangangabe bei wirtschaftlich bedeutsamen Erwerbsvorgängen – „Festzins Plus“ (21.9.2017 – I ZR 53/16)

BGH: Inanspruchnahme eines wettbewerbsrechtlichen Leistungsschutzes für ein Produkt – Handfugerpistole (16.11.2017 – I ZR 91/16)

OLG Köln: Unitymedia – Nutzung der Kunden-Router für den Aufbau eines flächendeckenden WLAN-Netztes (2.2.2018 – 6 U 85/17)

Verwaltung

EU-Kommission: Brexit – Entwurf für Übergangsregeln bis 2020 veröffentlicht

BaFin: Anforderungen an Leitungsorgane von Marktbetreibern und Datenbereitstellungsdienstleistern – Anwendung der ESMA-Leitlinien

BaFin: Erläuterungen zur Wertpapierdienstleistungs-Prüfungsverordnung veröffentlicht

BKartA: Sektoruntersuchung im Bereich Online-Werbung eingeleitet

Aufsatz

Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen, RA

Was bleibt von Vertragsstrafklauseln und Schadenspauschalen in Bestellbedingungen?

Der BGH hat – anknüpfend an eine alte Rechtsprechung – mit Urteilen vom 4.7.2017 – XI ZR 562/15 und XI ZR 233/16 – bestätigt, dass das Schutzkonzept des AGB-Rechts im unternehmerischen Verkehr nicht darin besteht, die mehr oder weniger weitreichende Schutzbedürftigkeit des Unternehmers zum Maßstab der richterlichen Inhaltskontrolle von AGB-Klauseln nach § 307 BGB in Verbindung mit § 310 Abs. 1 BGB zu nehmen. Vielmehr sieht er sie in der einseitigen Vertragsgestaltungsfreiheit des Verwenders und als Folge davon in der Aufgabe der Gerichte, dass die Vertragsgerechtigkeit des dispositiven Rechts – grundsätzlich ausgerichtet an der Leitbildfunktion des § 307 Abs. 2 Nr. 1 BGB – nicht einseitig außer Kraft gesetzt wird. Dieses vom BGH dogmatisch sehr konzis begründete Argumentationsraster einer dem geschriebenen Recht zu entnehmenden Gerechtigkeitserwägung von streng generell-objektiv zu wertenden AGB-Klauseln hat auch weitreichende Auswirkungen auf die Wirksamkeitskontrolle von Vertragsstrafklauseln und Schadenspauschalen, wie sie in Bestellbedingungen in der Praxis gang und gäbe sind. Ziel dieses Beitrags ist es, diesen Befund auf Basis der bisherigen Judikatur zu stabilisieren und darzulegen, dass es dem Verwender praktisch unmöglich gemacht wird, für seine Einkaufspraxis mehr oder weniger einheitliche Bestellbedingungen einzusetzen.

Entscheidungen

BGH: Titulierte Unterlassungsverpflichtung in einstweiliger Verfügung verpflichtet zur Aufforderung der Produktabnehmer, den Warenvertrieb vorläufig einzustellen (11.10.2017 – I ZB 96/16)

OLG Nürnberg: Berichtigung einer notariellen Gesellschafterliste nach Aufnahme in den Registerordner (28.12.2017 – 12 W 2005/17 – dazu BB-Kommentar von Prof. Dr. Sabine Otte-Gräbener, LL.M.)

Steuerrecht

321 Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Verlängerte Festsetzungsverjährung bei Steuerhinterziehung eines Miterben (29.8.2017 – VIII R 32/15)

FG Münster: Wertpapiere als „junges Verwaltungsvermögen“ (30.11.2017 – 3 K 2867/15 Erb)

FG Köln: Internationaler Auskunftsverkehr: Zulässigkeit einer Prüferentsendung (20.10.2017 – 2 V 1055/17)

FG Köln: Keine Prozesszinsen bei Zuordnung eines Steuererstattungsanspruchs an einen anderen Steuerpflichtigen (22.11.2017 – 9 K 2661/15)

Verwaltung

BMF: Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz – FKAustG (1.2.2018 – IV B 6 – S 1315/13/10021 :050)

BMF: Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen (§ 138 Abs. 2, 138b AO) i. d. F. des StUmgBG (5.2.2018 – IV B 5 – S 1300/07/10087 / IV A 3 – S 0303/17/10001)

FinMin Niedersachsen: Finanzämter kontrollieren verstärkt die Bargeldbranche dank Kassen-Nachschau

Aufsätze

Joachim Moritz, RA/StB, und Dr. Marcus Helios, RA/StB

§ 8c KStG – Quo Vadis?

Anmerkungen zum Beschluss des BVerfG vom 29.3.2017 und zu dessen Auswirkungen auf § 8c Abs. 1 S. 2 KStG und § 8d KStG

Das BVerfG hat durch Entscheidung vom 29.3.2017 – 2 BvL 6/11 § 8c S. 1 KStG a. F. (jetzt § 8c Abs. 1 S. 1 KStG) für verfassungswidrig erklärt, soweit Anteilsübertragungen von mehr als 25 v. H. bis zu 50 v. H. erfasst werden. Die Autoren befassen sich mit den Auswirkungen der Entscheidung auf die Dogmatik des § 8c KStG und insbesondere mit zwei Fragen, die das BVerfG offenließ: Wie steht es mit der Verfassungsmäßigkeit von § 8c Abs. 1 S. 2 KStG (Anteilsübertragungen von mehr als 50 v. H.) und wie mit der Verfassungsmäßigkeit von § 8c Abs. 1 S. 1 KStG unter Beachtung des neu eingeführten § 8d KStG? Nach dem Vorlagebeschluss des FG Hamburg vom 29.8.2017 zu Anteilsübertragungen von mehr als 50 v. H. (Az. BVerfG 2 BvL 19/17) stellt sich diese Frage umso dringender.

Dr. Eva Oertel, ORR

Bekämpfung internationaler Steuerschlupflöcher durch abgestimmte Korrespondenzvorschriften

Worauf sich Rechtsanwender schon jetzt einstellen sollten

Anders als Subject-to-Tax-Klauseln, die sich stets auf die Besteuerung eines Steuersubjekts konzentrieren, verknüpfen Korrespondenzregeln, die international auch als „Linking Rules“ bezeichnet werden, die steuerliche Behandlung zweier Steuersubjekte miteinander. Korrespondenzregeln sind dem deutschen Rechtsanwender nicht völlig unbekannt, jedoch bislang nur vereinzelt in den nationalen Steuergesetzen enthalten. Aufgrund der BEPS-Empfehlungen der OECD sowie der ATAD-Richtlinien der EU wird ihre Anzahl in naher Zukunft stark zunehmen. Der Beitrag beschäftigt sich mit den Fragen, welche Korrespondenzregeln zu erwarten sind und welche Auswirkungen sich aus der Schaffung eines international korrespondierenden Normengeflechts für den Rechtsanwender ergeben werden.

Entscheidung

BFH: Mittelbare Anteilsvereinigung bei einer zwischengeschalteten Personengesellschaft („RETT-Blocker“) – Verletzung der Anzeigepflicht nach §§ 19, 20 GrEStG (27.9.2017 – II R 41/15 – dazu BB-Kommentar von Dr. Stefan Behrens, RA/FAStR/StB)

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Entscheidung

BFH: Keine Rückstellung für sog. Nachteilsausgleich bei Altersteilzeit nach § 5 Abs. 7 TV ATZ – Anwendung der aktuellen Pauschalwerttabelle zur Bemessung von Jubiläumsrückstellungen

Rechnungslegung

IPSASB: Entwurf zu neuen Vorschriften der Leasingbilanzierung im öffentlichen Sektor

ESMA: Ergebnisse des zweiten EU-weiten CCP-Stresstests

DRSC: Bericht über die 64. Sitzung des IFRS-FA am 18./19.1.2018 in Berlin

Wirtschaftsprüfung

IDW: IDW EPS 830 n.F. – Prüfung nach MABV

IDW: Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Ausland

WPK: Titel ICPA darf nicht neben der Berufsbezeichnung WP oder vBP geführt werden

WPK: Regionale Auswertungen der Vergütungsumfrage jetzt verfügbar

WPK: Auslegungs- und Anwendungshinweise zum Geldwäschegesetz

KfQK: Bericht über die Sitzung der Kommission für Qualitätskontrolle am 31.1.2018

WPK: Aus- und Fortbildung von Prüfern für Qualitätskontrolle

Aufsatz

Abschlussprüfung

Prof. Dr. Reiner Quick

IDW EPS 270 zur Beurteilung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – Verbesserung der Aussagekraft von Bestätigungsvermerken?

Nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise stellten sich Regulatoren und Standardsetter die Frage, wie die Abschlussprüfung verbessert werden kann, um die Gefahr künftiger Finanzrisiken zu vermindern. Für die Öffentlichkeit war es nicht nachvollziehbar, warum Banken, die während der Finanzkrise in eine wirtschaftliche Schiefelage gerieten und riesige Verluste aufwiesen, kurz zuvor noch einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erhalten konnten. Das Interesse der Investoren an Informationen zur verbesserten Einschätzung von Risiken ist, bedingt durch die Krise, gestiegen. Aus diesen Gründen stehen auch die Regelungen zu den Pflichten des Abschlussprüfers im Zusammenhang mit der Beurteilung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf dem Prüfstand. In diesen Kontext ist der IDW EPS 270 n.F. „Die Beurteilung der Fortführung der Unternehmenstätigkeit im Rahmen der Abschlussprüfung“ einzuordnen. Am 19.10.2017 hat das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) den Entwurf des Prüfungsstandards (EPS) vorgelegt. Ergänzungs- oder Änderungsvorschläge hierzu können bis zum 28.2.2018 beim IDW eingereicht werden. In dem Beitrag wird zunächst aufgezeigt, dass der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowohl für den Jahresabschluss und den Lagebericht als auch für die Abschlussprüfung eine zentrale Bedeutung zukommt. Anschließend werden die vorgesehenen Neuerungen im IDW PS 270 skizziert. Der vorgesehene gesonderte Abschnitt im Bestätigungsvermerk erfährt schließlich eine ausführliche Würdigung.

Entscheidung

OLG Hamm: Entbindung des Wirtschaftsprüfers einer insolventen Gesellschaft von der Schweigepflicht im Strafprozess gegen deren Organe

(17.8.2017 – 4 Ws 130/17 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Volksw. **Dr. Eike Dirk Eschenfelder**, RA)

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BAG: Dynamische Bezugnahme auf Tarifvertrag bei Betriebsübergang – Nachfolgeentscheidung zu EuGH-Urteil (30.8.2017 – 4 AZR 95/14)

BAG: Beweislast bei unterlassenem BEM (30.8.2017 – 7 AZR 204/16)

BAG: Sachgrundbefristung für einen Schauspieler in einer Krimiserie (30.8.2017 – 7 AZR 864/15)

BAG: Vergütungsordnung in einem tarifpluralen Betrieb (27.9.2017 – 7 ABR 8/16)

LAG Rheinland-Pfalz: Form des Arbeitszeugnisses (9.11.2017 – 5 Sa 314/17)

Aufsätze

Mina Bettinghausen, RAin

Die geschlechtsneutrale Stellenausschreibung unter Berücksichtigung des dritten Geschlechts

Von nicht zu unterschätzender Reichweite ist die jüngst vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ergangene Entscheidung im Hinblick auf die Personen, die sich dauerhaft weder dem männlichen, noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen lassen. Die für die betroffenen Personen fehlende Eintragungsmöglichkeit einer weiteren positiven Geschlechtsbezeichnung wurde nunmehr für verfassungswidrig erklärt. Für die Umsetzung einer verfassungsgemäßen Regelung hat der Gesetzgeber verschiedene Möglichkeiten. Eine davon ist, dass es künftig neben der bisherigen Eintragung des Geschlechts ins Geburtenregister als „männlich“ oder „weiblich“, eine weitere positive Eintragungsmöglichkeit geben wird. Daran anknüpfend soll im Beitrag dargestellt werden, wie ein künftiger Umgang mit einem dritten Geschlecht in der arbeitsrechtlichen Praxis – am Beispiel der Stellenausschreibung – aussehen könnte.

Matthias Dimsic, RA/FAArBR

Ersatz von Unfallschäden bei dienstlichem Einsatz des Privat-Kfz

Verwendet der Arbeitnehmer im Rahmen der Erfüllung seiner Arbeitsleistung eigene Sachmittel, so birgt dies regelmäßig die Gefahr der Beschädigung. Besonders hohe Sachschäden drohen beim Einsatz des privaten Kfz. Unter welchen Voraussetzungen der Arbeitnehmer Ersatz von seinem Arbeitgeber verlangen kann, soll in diesem Beitrag unter einer Auswertung der hierzu maßgeblichen Rechtsprechung aufgearbeitet werden.

Entscheidung

BAG: Zulässige Anfechtung der Betriebsratswahl trotz unterlassenen Einspruchs gegen Wählerliste (2.8.2017 – 7 ABR 42/15 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Wolfgang Lipinski, RA/FAArBR, und **Gerd Kaindl**, RA)

Die Erste Seite

Bernd Weller, RA/FAArBR

Das dritte Geschlecht im Arbeitsleben

Impressum/Vorschau

371

372

376

380

361

363

368

VIII

NJW

Neue Juristische Wochenschrift

WU
D3-Z171

In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Mit Beilage:
NJW-Spezial Heft 3/2018


C.H. BECK

Aus dem Inhalt

- K.-O. Knops*
Gläubigerkenntnis und Schuldnervertrauen als Verwirkungsvoraussetzungen 425
- R. Freitag*
Ausländische Eingriffsnormen vor deutschen Gerichten 430
- J. Antomo*
Anerkennung ausländischer Privatscheidungen – Rom III-Verordnung analog? 435
- L. Kroiß*
Die Entwicklung des Gerichtskostenrechts 438
- BGH
Umfang einer Abtretungs- und Weiterabtretungsklausel im Sachverständigenauftrag (Anm. J. Wittschier) 455
- BGH
Bereicherungsanspruch des zu Unrecht in Anspruch genommenen Bürgen (Anm. M. Rohe) 458
- BGH
Schadensersatzpflicht des Mittelverwendungskontrolleurs (Anm. M. Zoller) 462
- BGH
Auskunftsanspruch des Unterhaltsberechtigten bei hohem Einkommen des Pflichtigen (Anm. W. Born) 468
- OLG Stuttgart
Sicherung nichtvertraglicher Vergütungsansprüche für Bauleistungen (Anm. C. Schmitz) 472

Aus NJW-aktuell

Interview

Rechtsstandort
Deutschland

Standpunkt

Der mündige
Verbraucher

Wissenschaft

Trinkgeld für den
Professor

7/2018

8. Februar 2018
71. Jahrgang S. 425–496
www.njw.de



INHALT

Aufsätze

Kai-Oliver Knops

Gläubigerkenntnis und Schuldnervertrauen als Verwirkungsvoraussetzungen 425

Gegen den Widerruf von Darlehen setzen Banken regelmäßig den Einwand der Verwirkung, wenn der Vertrag schon vor Jahren geschlossen wurde. Hierzu ist eine Vielzahl von Entscheidungen mit oft gegensätzlichen Ergebnissen ergangen. Der Autor zeigt einen Weg, der zu konsistenten Ergebnissen auch für beendete Verträge führt.

Robert Freitag

Ausländische Eingriffsnormen vor deutschen Gerichten 430

Wann gelten Ge- und Verbotsnormen fremder Staaten auch in Deutschland und für deutschem Recht unterliegende Verträge? Der Beitrag zeigt, dass die Antwort maßgeblich durch das vorrangige europäische Kollisionsrecht für grenzüberschreitende vertragliche und gesetzliche Schuldverhältnisse determiniert ist.

Zur Rechtsprechung

Jennifer Antomo

Anerkennung ausländischer Privatscheidungen – Rom III – Verordnung analog? 435
(EuGH, NJW 2018, 447)

Bericht

Ludwig Kroiß

Die Entwicklung des Gerichtskostenrechts im Jahr 2017 438

Kanzlei & Mandat

Robert Kazemi

Der Datenschutzbeauftragte in der Rechtsanwaltskanzlei 443

Buchbesprechungen

Vaagt / Zulauf: Der Kanzleimarkt in Deutschland (Andreas R. J. Schnee-Gronauer) • 445
Paal / Pauly: Datenschutz-Grundverordnung (Tim Wybitul) • **Redeker: IT-Recht** (Helmut Hoffmann)

NJW-aktuell

| | | | | | |
|-------------------------|----|---|----|-------------------------|----|
| Editorial | 3 | Interview | 12 | Rubrikenmarkt | 25 |
| Erbrecht 2.0 | | Rechtsstandort Deutschland | | web.report | 28 |
| W. Bausback | | im Wettbewerb G. Wagner | | Stellenmarkt | 30 |
| Agenda | 6 | Standpunkt | 15 | Beck'sche Zeitschriften | 36 |
| Meldungen / Kolumne | 7 | Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ überholt? M. Tamm | | Buchhinweise | 38 |
| Gesetzgebung | 8 | Haftungsseite | 17 | Personalien | 40 |
| Rechtsprechung in Kürze | 8 | Vertrauen in Rechtsmittelbelehrungen? D. Karadag | | Heftvorschau/Impressum | 42 |
| Entscheidung der Woche | 9 | Wissenschaft & Hochschule | 19 | | |
| Leserforum | 10 | Trinkgeld für den Professor | | | |
| | | J. Jahn | | | |

INHALT

Rechtsprechung



| | | | |
|--|-----|--|-----|
| Europäische Gerichte | | | |
| EuGH 20.12.17 – C-372/16 Anerkennung einer von religiöser Instanz in einem Drittstaat ausgesprochenen Scheidung | 447 | OLG Koblenz 12.09.17 – 5 U 740/17 Verjährung des Anspruchs auf Rückzahlung überhöhter Abschläge | 477 |
| Verfassungsgerichte | | OLG Nürnberg 04.12.17 – 7 WF 1144/17 Neuer Einwand gegen den im vereinfachten Verfahren ergangenen Unterhaltsbeschluss | 479 |
| BVerfG 09.11.17 – 1 BvR 2440/16 Keine Vkh im Beratungshilfeverfahren sowie für dort erhobene Gehörsrügen | 449 | Strafgerichte | |
| BVerfG 11.10.17 – 2 BvR 1758/17 Visa zum Familiennachzug zu einem minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten (Ls.) | 452 | BGH 10.10.17 – 1 StR 447/14 Beihilfe zur Umsatzsteuerhinterziehung beim Handel mit Emissionszertifikaten | 480 |
| Zivilgerichte | | Verwaltungsgerichte | |
| BGH 15.11.17 – VIII ZR 194/16 Ausschluss des Widerrufsrechts und Rücksendung einer entsiegelten Matratze | 453 | BVerwG 26.10.17 – 6 VR 1/17 Auskunftsanspruch gegenüber Bundesnachrichtendienst | 485 |
| BGH 24.10.17 – VI ZR 504/16 Umfang einer Abtretungs- und Weiterabtretungsklausel im Sachverständigenauftrag (Anm. J. Wittschier) | 455 | OVG Lüneburg 25.10.17 – 10 ME 204/17 Anspruch auf Herausgabe einer Urteilsabschrift im Wege einstweiligen Rechtsschutzes | 487 |
| BGH 24.10.17 – XI ZR 362/15 Bereicherungsanspruch des zu Unrecht in Anspruch genommenen Bürgen (Anm. M. Rohe) | 458 | Arbeitsgerichte | |
| BGH 23.11.17 – III ZR 411/16 Schadensersatzpflicht des Mittelverwendungskontrolleurs (Anm. M. Zoller) | 462 | BAG 11.10.17 – 5 AZR 591/16 Mindestlohn – Vergütung von Bereitschaftszeiten | 489 |
| BGH 15.11.17 – XII ZB 503/16 Auskunftsanspruch des Unterhaltsberechtigten bei hohem Einkommen des Pflichtigen (Anm. W. Born) | 468 | BAG 23.11.17 – 5 AZN 713/17 Anforderungen an die Begründung einer Divergenzbeschwerde | 491 |
| BGH 29.11.17 – XII ZB 459/16 Keine Eintragung einer Mann-zu-Frau-Transsexuellen als Mutter im Geburtenregister | 471 | Finanzgerichte | |
| OLG Stuttgart 26.06.17 – 10 U 122/16 Sicherung nichtvertraglicher Vergütungsansprüche für Bauleistungen (Anm. C. Schmitz) | 472 | BFH 05.10.17 – VI R 47/15 Aufwendungen für In-vitro-Fertilisation in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft | 492 |
| | | FG Niedersachsen 20.09.17 – 9 K 257/16 Kosten der Heimunterbringung bei Demenz als außergewöhnliche Belastung | 494 |

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 3/2018

Miet- und Immobilienrecht
Unzulässige Verjährungsverlängerung in Miet-AGB

Familienrecht
Zuweisung der Ehwohnung bei Getrenntleben und unbillige Härte

Erbrecht
Auswahlerbessen bei Erstattungsanspruch gegen Miterben

Verkehrsrecht
Indizienwürdigung im Betrugsprozess

Baurecht
Mängelrüge bei stichpunktartig festgestellten Mangelsymptomen

Gesellschaftsrecht
Übertragung gesamten oder wesentlichen GmbH-Vermögens

Insolvenzrecht
Aktuelles zum Pfändungsschutzkonto

Strafrecht
Vorrang des Gesetzlichkeitsprinzips

Verfahrens- und Kostenrecht
Kostenerstattung bei mehreren Kanzleistandorten

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersicht



Inhalt

Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

| | |
|--|----|
| Unzulässige („symmetrische“) Verjährungsverlängerung in Miet-AGB (BGH) | 65 |
| Flüchtlings- oder Arbeiterunterkunft im Teileigentum – früher Kinderheim (BGH) | 65 |
| Falschbezeichnung des WEG-Anfechtungsbeklagten im Berufungsurteil (BGH) | 66 |
| Pflicht zur Mietwohnungskostensenkung verfassungskonform (BVerfG) | 66 |
| Mietpreisbremse: Vertragsübernahme statt neuen Mietvertrags (AG Berlin-Neukölln) | 67 |
| Bloßer Altlastenverdacht überspringt Haftungsausschluss-AGB | 67 |
| Baurechtliche Spezialspruchkörper: Ansprüche im WEG-Kontext | 67 |

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

| | |
|--|----|
| <i>M. Kasenbacher</i> , Zuweisung der Ehewohnung bei Getrenntleben und unbillige Härte | 68 |
| Keine gesetzliche Verfahrensstandschaft der Unterhaltsvorschusskasse (OLG Stuttgart) | 69 |
| Vereinfachtes Verfahren zum Kindesunterhalt (OLG Nürnberg) | 69 |
| Aufsichtspflichtverletzung bei Fahrradunfall eines Kindes (LG Wuppertal) | 70 |

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

| | |
|--|----|
| Ermessen der Behörde bei Erstattungsanspruch gegen Miterben (LSG Niedersachsen-Bremen) | 71 |
| Erstattung überzahlter Rente durch leer ausgegangenen Miterben (LSG Baden-Württemberg) | 71 |
| Abzug von Dauertestamentsvollstreckungskosten als Werbungskosten (BFH) | 72 |
| Keine Zurückweisung des Antrags wegen fehlenden Kostenvorschusses (OLG Köln) | 72 |

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

| | |
|--|----|
| <i>D. Buchholz</i> , Indizienwürdigung im Betrugsprozess | 73 |
| Gegenstandswert bei berechtigtem Werkstattverweis (BGH) | 74 |
| Haftung bei Kollision zweier Fahrradfahrer (OLG Frankfurt a. M.) | 75 |

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

| | |
|---|----|
| Mängelrüge bei stichpunktartig festgestellten Mangelsymptomen (BGH) | 76 |
| Abgrenzung Nebenanlagen und Hauptanlagen (BVerwG) | 76 |
| Anspruch auf Wiedereintragung in die Architektenliste (VGH Kassel) | 77 |
| Antragsbefugnis bei Zunahme des Straßenverkehrs (VGH Kassel) | 77 |
| Treuwidrigkeit der Erhebung eines Erschließungsbeitrags (OVG Münster) | 78 |
| Eignungsnachweise für Nachunternehmer bei öffentlichen Vergaben (VK Bund) | 78 |

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuering und Daniel Rubner

| | |
|--|----|
| <i>D. Rubner/L. Pospiech</i> , Übertragung des gesamten oder des wesentlichen Vermögens der GmbH | 79 |
| Missbrauch der Vertretungsmacht des Geschäftsführers und § 181 BGB (BGH) | 80 |
| Analoge Anwendung des § 179 a AktG auf Publikumsgesellschaften (OLG Düsseldorf) | 81 |

Arbeitsrecht

Von Daniel Benkert und Robert von Steinau-Steinrück

| | |
|---|----|
| Kündigungsschutz für stellvertretenden Datenschutzbeauftragten (BAG) | 82 |
| Erforderlichkeit eines BEM vor krankheitsbedingter Weisung (BAG) | 82 |
| Divergenzfähigkeit von Entscheidungen (BAG) | 83 |
| Aufstockungsverlangen einer Teilzeitkraft – freier Arbeitsplatz (BAG) | 83 |
| Befristung des Arbeitsvertrags von Lizenzspieler der Fußball-Bundesliga | 84 |

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

| | |
|--|----|
| <i>M. Ahrens</i> , Aktuelles zum Pfändungsschutzkonto | 85 |
| Gläubigerbenachteiligung bei Vereinbarung eines Rücktrittsrechts (BGH) | 86 |
| Anfechtung der Rückzahlung einer stillen Beteiligung (BGH) | 87 |
| Steuerpflichten des Geschäftsführers im Insolvenzeröffnungsverfahren (BFH) | 87 |

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

| | |
|---|----|
| Vorrang des Gesetzlichkeitsprinzips (EuGH) | 88 |
| Emissionszertifikate im Steuerstrafrecht (BGH) | 88 |
| Anfangsverdacht nach Offenbarungszwang (LG Münster) | 89 |
| Sanktion von Ordnungswidrigkeiten durch andere EU-Mitgliedstaaten (AG Köln) | 90 |
| Polygraphentestverfahren als Beweismittel (AG Bautzen) | 90 |

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

| | |
|---|----|
| <i>N. Schneider</i> , Kostenerstattung bei mehreren Kanzleistandorten | 91 |
| Terminsgebühr zählt nicht zu Kosten der Säumnis (OLG Köln) | 92 |
| Terminsgebühr bei Entscheidung durch Gerichtsbescheid (FG Saarland) | 93 |

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

| | |
|--|----|
| Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung des beA (BVerfG) | 94 |
| Das Mitternachtsfax (BGH) | 94 |
| Schutz des Anderkontos (AG Aachen) | 95 |
| Neuer § 14 BORA in Kraft getreten | 95 |

ISSN 1613-4621

NJW Spezial
Die wichtigsten Informationen
zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:
 Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*,
 Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt
 a. M., Postanschrift: Postfach 110241,
 60037 Frankfurt a. M., Telefon: (069)
 75 60 91-0, Telefax: (069) 75 60 91-49.
 # E-Mail: njw@beck-frankfurt.de
 Internet: www.njw.de

Redaktion:
 Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Ver-
 kehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias*
Freudenberg (Insolvenzrecht); Rechts-
 anwältin *Antje Glinski* (Anwalt und

Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth*
 (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas*
Kappus (Miet- und Immobilienrecht);
 Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömk*
er (Erbrecht und Schlussredaktion);
 Rechtsanwältin *Esther Noske, LL.M.*
 (Verfahrens- und Kostenrecht sowie
 Koordination); Rechtsanwalt Prof. *Dr.*
Achim Schunder (Arbeitsrecht); Rechts-
 anwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-
 recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch*
 (Strafrecht); Rechtsanwalt Prof. *Dr. Martin*
Weber (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in die-
 ser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge
 sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt
 auch für die veröffentlichten Gerichts-
 entscheidungen und ihre Leitsätze, denn
 diese sind geschützt, soweit sie vom

Einsender oder von der Schriftleitung
 erarbeitet oder redigiert worden sind.
 Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber
 Datenbanken und ähnlichen Einrichtun-
 gen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf
 außerhalb der engen Grenzen des Urhe-
 berrechtsgesetzes ohne schriftliche Ge-
 nehmigung des Verlags in irgendeiner
 Form vervielfältigt, verbreitet oder öf-
 fentlich wiedergegeben oder zugänglich
 gemacht, in Datenbanken aufgenom-
 men, auf elektronischen Datenträgern
 gespeichert oder in sonstiger Weise
 elektronisch vervielfältigt, verbreitet
 oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelm-
 str. 9, 80801 München, Postanschrift:
 Postfach 40 03 40, 80703 München, Tele-
 fon: (089) 3 81 89-0, Telefax: (089) 3 81

89-3 98, Postbank München IBAN:
 DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC:
 PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG.
 Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck
 und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Ver-
 leger in München.

Erscheinungsweise:
 Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

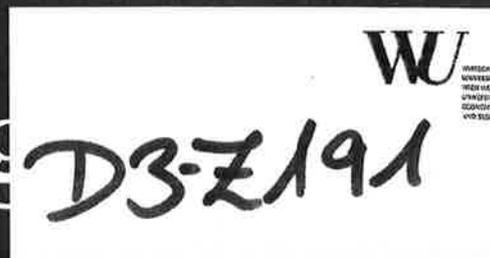
Bezugspreis 2018:
 Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist
 im Bezugspreis von NJW enthalten.
 Jahrestitellei und -register sind nur noch
 mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Wind-
 feld 15, 83714 Miesbach.



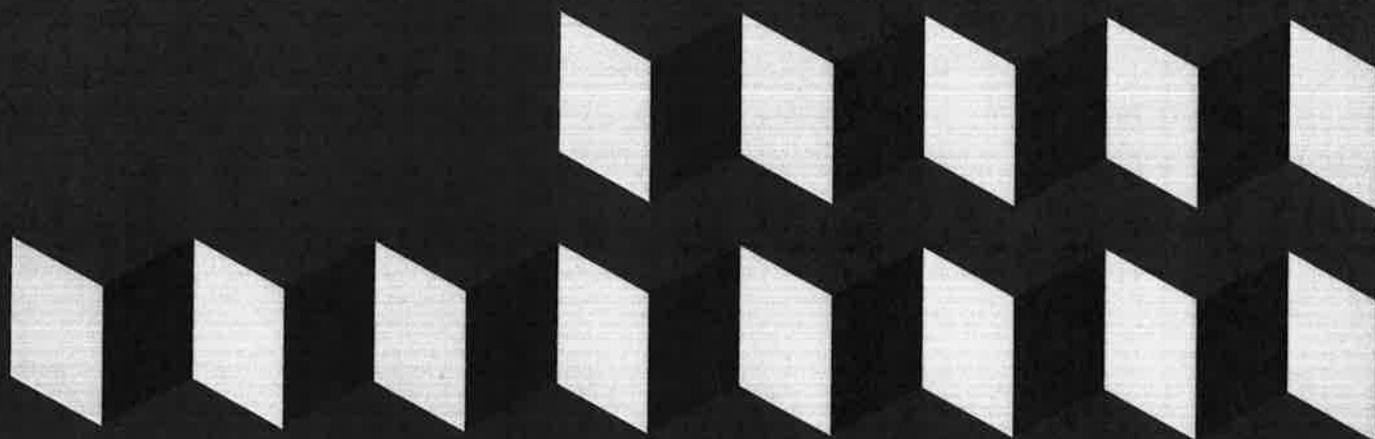
Die Privatstiftung

Nationales und internationales Stiftungsrecht



Schriftleitung

Johannes Gasser, Georg Kodek, Daniel Varro, Johannes Zollner



156 | Beiträge

Sanierungsfall Privatstiftungen?!

Johannes Zollner

163 |

Informationsdefizite und wirksame Rechtsdurchsetzung

Sebastian Auer

169 |

Wegzug von Privatstiftung möglich (Niederlassungsfreiheit)?

Tobias Hayden

185 | Rechtsprechung

FL OG: Amtliche Revision von liechtensteinischen Trusts und analoge Anwendung der Abberufungsgründe aus dem Stiftungsrecht

Johannes Gasser

- Editorial 153
 Von Georg E. Kodek, Christian Ludwig, Johannes Zollner und Daniel Varro

Beiträge

- Sanierungsfall Privatstiftungen?! 156
 Der Stellung der Begünstigten hat der – wenn auch im letzten Moment gescheiterte – Ministerialentwurf für die Privatstiftungsgesetznovelle 2017 breiten Raum gewidmet. Diese geplanten Änderungen sollen gerade mit Blick auf eine zukünftige Novelle kritisch hinterfragt werden.
 Von Johannes Zollner

- Informationsdefizite und wirksame Rechtsdurchsetzung 163
**Der zivilrechtliche Auskunftsanspruch nach Art XV FL EGZPO im Lichte der
 rezenten Judikatur des FL OGH**
 In seiner Entscheidung vom 1. 4. 2016 hat der FL OGH die auf Art XV FL EGZPO gestützten Auskunftsansprüche eines deutschen Nachlassinsolvenzverwalters gegen eine liechtensteinische Anstalt, deren Gründer der Verstorbene war, auch ohne explizite gesetzliche Anordnung bejaht. Diese Entscheidung kann auch Folgen für die stiftungsrechtliche Praxis zeitigen, insbesondere in Hinblick auf allfällige Informations- und Auskunftsrechte des Nachlasses nach dem Ableben von Begünstigten.
 Von Sebastian Auer

- Wegzug von Privatstiftung möglich (Niederlassungsfreiheit)? 169
 Am 14. 9. 2017 hat der EuGH eine richtungweisende Entscheidung getroffen, die unmittelbar die Wegzugsbesteuerung von englischen Trusts betroffen hat: Vermögensverwaltende Trusts ohne Rechtspersönlichkeit sind von der Niederlassungsfreiheit geschützt und eine sofortige Besteuerung ohne Aufschiebungsmöglichkeit hat zu unterbleiben. Aus österreichischer Sicht ist diese Entscheidung insb in Zusammenhang mit dem möglichen Wegzug von Privatstiftungen interessant.
 Von Tobias Hayden

Rechtsprechung

Stiftungsrecht Österreich

- Zulässigkeit von Zustimmungsvorbehalten des Beirats 176
 OGH 19. 4. 2017, 6 Ob 37/17 k
- Zustimmungsrechte des Beirats einer Privatstiftung 179
 OGH 29. 8. 2017, 6 Ob 36/17 p
- Vermögensopfertheorie für Inventarisierung irrelevant 181
 OGH 20. 6. 2017, 2 Ob 43/17 p
- Das BFG hat Willkür geübt! 182
 VfGH 23. 2. 2017, E 2212/2015
 Mit Anmerkung von Peter Denk

Stiftungsrecht Liechtenstein

- Amtliche Revision von liechtensteinischen Trusts und analoge Anwendung der Abberufungsgründe aus dem Stiftungsrecht 185
 OG 26. 1. 2017, 07 HG.2015.36
 Mit Anmerkung von Johannes Gasser
- Informationsansprüche des ausländischen Insolvenzverwalters 192
 FL OGH 1. 4. 2016, 05 CG.2014.306

Stiftungsradar

- Stiftungsradar 196
 Von Florian Dollenz, Christina Gruber und Pavel Knesl

Bericht

- 10. Liechtensteinischer Stiftungsrechtstag 2017 197
 Von Angelika Layr

Standards

- Impressum 153
 → Buchbesprechungen 198



**Ruck
zuck**
recherchiert.

Die RDB. Einfach wie noch nie.
Zuverlässig wie schon immer.

rdb.at /
wo MANZ findet

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 5/2018

Inhalt

| | | | |
|-----------------------------------|---|---|-----|
| Aufsätze | <i>H. Wicke</i> , Amtsbeendigung des Hauptversammlungsleiters | 161 | |
| | <i>K. Adenauer</i> , Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge zwischen einer Anstalt des öffentlichen Rechts als herrschendem Unternehmen und einer GmbH – Zur Frage des Zustimmungserfordernisses des Trägers einer Anstalt des öffentlichen Rechts beim Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags analog § 293 II 1 AktG | 164 | |
| | <i>A. Siemienowski</i> , Verbrauchereigenschaft einer GbR – Unternehmer-eigenschaft aufgrund der Option zur Umsatzsteuer | 168 | |
| Bericht | <i>G. Burwitz/N. Wighardt</i> , Neuere Entwicklungen im Steuerrecht – Update Unternehmensnachfolge: Der koordinierte Ländererlass zum ErbStG und die Verfügung der bayerischen Finanzverwaltung | 172 | |
| Zur Rechtsprechung | <i>J. Engel</i> , Angabe des Geschäftsanteils eines Gesellschafters in der Gesellschafterliste | 175 | |
| Literatur | <i>P. Limmer</i> , Handbuch der Unternehmensumwandlung (<i>K.-R. Wagner</i>) | 177 | |
| Rechtsprechung | | | |
| <i>Personengesellschaftsrecht</i> | | | |
| OLG Karlsruhe | 27. 9.17 – 6U10/16 | Rechtsmissbräuchliche Abmahntätigkeit einer faktisch vermögenslosen Unternehmersgesellschaft (UG) | 178 |
| VGH Mannheim | 4. 7.17 – 10S745/17 | Zulassung eines Kraftfahrzeugs auf eine KG (Ls.) | 179 |
| <i>Kapitalgesellschaftsrecht</i> | | | |
| EuGH | 18. 5.17 – C-150/16 | Hingabe eines Aktivums an Zahlungs statt durch eine Gesellschaft, deren Hauptaktionär ein Mitgliedstaat ist (Ls.) | 179 |
| <i>Kapitalmarktrecht</i> | | | |
| BGH | 10. 10.17 – VI ZR 556/14 | Keine Anlageberatung oder -vermittlung bei Empfehlung einer Vermögensverwaltung | 180 |
| OLG Braunschweig | 27. 10.17 – 1 W 31/17 | Gerichtsstandsbestimmung bei Klagen wegen fehlerhafter Kapitalmarktinformation im "Dieselskandal" (Ls.) | 182 |
| OLG Braunschweig | 27. 10.17 – 1 W 32/17 | Gerichtsstandsbestimmung bei Klagen wegen fehlerhafter Kapitalmarktinformation im "Dieselskandal" (Ls.) | 182 |
| <i>Umwandlungsrecht</i> | | | |
| BGH | 22. 9.16 – VII ZR 298/14 | Gesamtrechtsnachfolge nach Verschmelzung trotz Abtretungsverbots in Bauvertrag | 182 |

| | | | |
|-----------------------|--------------------------|--|-----|
| LG Bonn | 20. 10. 16 – 36 T 294/16 | Möglichkeit der Hinterlegung als Kleinstkapitalgesellschaft für Herabsetzung des festzusetzenden Ordnungsgelds ausreichend | 186 |
| <i>Vereinsrecht</i> | | | |
| BAG | 1. 6. 17 – 6 AZR 720/15 | Kündigung wegen illoyalen Verhaltens (Ls.) | 188 |
| <i>Insolvenzrecht</i> | | | |
| BGH | 20. 7. 17 – IX ZB 63/16 | Zugehörigkeit einer ausländischen Rente zur Insolvenzmasse | 188 |
| BGH | 22. 12. 16 – IX ZR 94/14 | GmbH & Co. KG als nahestehende Person einer GmbH bei verheirateten Geschäftsführern | 191 |
| <i>Arbeitsrecht</i> | | | |
| BAG | 28. 3. 17 – 2 AZR 551/16 | Außerordentliche Kündigung nach Entlassungsbegehren des Betriebsrats | 193 |
| <i>Steuerrecht</i> | | | |
| EuGH | 14. 9. 17 – C-646/15 | Besteuerung nicht realisierter Gewinne aus Wertsteigerungen von Trusts-Vermögenswerten (Ls.) | 196 |
| EuGH | 25. 10. 17 – C-398/16 ua | Zinsabzug für Darlehen zum Erwerb von Anteilen an gebietsfremder Tochtergesellschaft durch Muttergesellschaft/Abzug des Wertverlusts der Anteile an gebietsfremdem Unternehmen durch gebietsansässige Muttergesellschaft wegen Wechselkursänderung (Ls.) | 196 |
| BFH | 13. 7. 17 – IVR 41/14 | Mitunternehmerinitiative und Mitunternehmerisiko bei einer GmbH & Still | 197 |

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber*,
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a. M.;
Telefon: (0 69) 75 60 91-0;
Telefax: (0 69) 75 60 91-49;
E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor *Dr. Martin Weber* (verantwortlich für den Textteil).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das

Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition: Herstellung Anzeigen, technische Daten, Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind *Dr. Hans Dieter Beck* und *Dr. h. c. Wolfgang Beck*, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2018: Jährlich € 419,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 389,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 15,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 4/2018

Festheft aus Anlass des 80. Geburtstags von Prof. Dr. Dres. h.c. Harm Peter Westermann

Inhalt

| | | | |
|-----------------|--------------------------|---|-----|
| Aufsätze | | | |
| | | <i>Karsten Schmidt</i> , Schiedsklauseln in Personengesellschaftsverträgen | 121 |
| | | <i>M. Habersack</i> , Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung – Grundsatz- und Anwendungsfragen im Lichte der Aktionärsrechterichtlinie | 127 |
| | | <i>J. Reichert</i> , Die Treuebindung der Aktionärsmehrheit in Sanierungsfällen | 134 |
| Rechtsprechung | | | |
| | | <i>Kapitalgesellschaftsrecht</i> | |
| OLG Zweibrücken | 2.10.17 – 9 W 3/14 | Festsetzung angemessener Barabfindung wegen Squeeze-out (Ls.) | 143 |
| OLG München | 15. 9.17 – 10 U 739/16 | Verdienstausfallschaden des Geschäftsführers und Gesellschafters einer Einmann-GmbH | 143 |
| LG Dortmund | 28. 3.17 – 1 S 177/16 | WEG-Verwalterbestellung und Übergang von einer UG (haftungsbeschränkt) zur GmbH | 146 |
| | | <i>Kapitalmarktrecht</i> | |
| BGH | 23.11.17 – III ZR 411/16 | Schadensersatzpflicht des Mittelverwendungskontrolleurs | 148 |
| | | <i>Insolvenzrecht</i> | |
| EuGH | 8. 6.17 – C-54/16 | Anfechtung einer benachteiligenden Handlung | 153 |
| | | <i>Strafrecht</i> | |
| BGH | 10.10.17 – 1 StR 447/14 | Beihilfe zur Umsatzsteuerhinterziehung beim Handel mit Emissionszertifikaten | 156 |



INHALT

- RECHTSPRECHUNGSBERICHT **49** WOLFGANG BERLIT
Die Rechtsprechung der Instanzgerichte zum Recht des unlauteren Wettbewerbs XVIII
- ZUR RECHTSPRECHUNG **58** MARCO PENZ
Urheberrechtsschutz vs. Zugänglichkeit von DIN-Normen
- RECHTSPRECHUNG
- URHEBERRECHT **61** BGH 11.5.2017 – I ZR 147/16
Urheberpersönlichkeitsrechtverletzung durch Verwendung von Musik im Wahlkampf – **Die Höhner**
- 62** LG Hamburg 7.9.2017 – 308 O 287/17
Interessenabwägung bei Eingreifen des Zitatrechts – **Schanzenviertel-Video**
- MARKENRECHT **68** EuG 16.11.2017 – T-419/16
Unbeachtlichkeit einer Nichtangriffsabrede bei Antrag auf Verfallserklärung – **Carrera**
- 70** OLG Frankfurt a. M. 21.9.2017 – 6 U 250/16
Markenmäßige Benutzung einer Domainadresse mit beschreibendem Anklang – **monumente-reisen.de**
- 72** OLG Frankfurt a. M. 17.8.2017 – 6 U 80/17
Keine Erstattungsfähigkeit der Anwaltskosten für zweites Abmahnschreiben – **Zweitabmahnung**
- 73** OLG Karlsruhe 26.7.2017 – 6 U 142/15
Markenrückübertragungsanspruch einer Erbengemeinschaft aufgrund unwirksamer Verfügung – **BAKTAT (Ls.)**
- WETTBEWERBSRECHT **73** OLG Brandenburg 14.11.2017 – 6 U 12/16
Widerrufsrecht für Verbraucher bei Bestellung von Luftbilddaufnahmen an Haustür – **Fotoabzüge**
- 75** OLG Köln 19.9.2017 – 6 W 97/17
Missverständliche Anpreisung des Leistungsangebots eines Telekommunikationsunternehmens – **Das beste Netz**
- 78** KG 5.9.2017 – 5 U 150/16
Rechtsverfolgung gegen Verletzungen des Persönlichkeitsrechts durch Spam-Werbung – **Spam-Krokodil**
- 81** LG Hamburg 10.10.2017 – 312 O 477/16
Irrführende Werbung für anwaltliche Rechtsdienstleistungen – **Kostenlos Bußgeld los**

- HEILMITTELWERBERECHT **85** OLG Hamburg 18.5.2017 – 3 U 211/16
Unzulässiger Werbeslogan in Fachkreiswerbung für Arzneimittel
– „**Mehr Luft von Anfang an**“
- 86** OLG Stuttgart 8.6.2017 – 2 U 127/16
Arzneimittelwerbung für ein nicht zugelassenes Anwendungsgebiet
– **Exportation Vitamin C**
- LEBENSMITTELRECHT **89** OLG Hamburg 3.8.2017 – 3 U 130/16
Gesundheitsbezogene Werbung für Nahrungsergänzungsmittel für
Kraftsportler – **HMB-Sportlernahrung**
- VERFAHRENSRECHT **95** OLG Köln 7.4.2017 – 6 U 135/16
Dringlichkeitsschädliches Zuwarten mit Vollstreckung einer einstweiligen
Verfügung – **Beste Internet-Provider**

Aufsichtsrat

Fachinformation für die verantwortungsvolle Kontrolle
und Beratung von Unternehmen und Stiftungen

aktuell

Das aktuelle Interview

Benedikt Kommenda spricht mit Dr. Monika Kircher

Rechtsfragen für den Aufsichtsrat

Fehler bei der Auswahl und Honorierung des Abschlussprüfers

Das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz

Internal Investigations: Schutz der Ermittlungsergebnisse

Praxisfragen rund um den Aufsichtsrat

Fake News – auch im Aufsichtsrat?! (Teil I)

Future-Law Konferenz in Wien

Veranstaltungsbericht

Rechtsprechung

FMA darf hohe Verwaltungsstrafen verhängen

Literaturreisenschau

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Benedikt Kommenda | 4 |
| „Ich halte es für wichtig, eine Multiplikatorin zu sein“ Interview mit Dr. Monika Kircher | |
| Ulrich Kraßnig | 6 |
| Häufige Fehler bei der Auswahl und Honorierung des Abschlussprüfers und haftungsrechtliche Konsequenzen für den Aufsichtsrat | |
| Rainer Brandl | 16 |
| Das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz | |
| Juliana Sepasiar / Volkert Sackmann | 20 |
| Internal Investigations: So schützen Sie Ermittlungsergebnisse vor den Strafverfolgungsbehörden! | |
| Andreas Minichberger | 25 |
| Bericht zur Future-Law Konferenz in Wien | |
| Josef Fritz | 27 |
| Fake News – auch im Aufsichtsrat?! (Teil I) | |
| Johannes Peter Gruber | 30 |
| FMA darf hohe Verwaltungsstrafen verhängen | |
| Michael Barnert | 32 |
| Literaturrundschau | |



Aufsichtsrat aktuell

Impressum

Fachinformation für die verantwortungsvolle
Kontrolle und Beratung von Unternehmen
und Stiftungen

Ausgabe 1/2018

Redaktion

Hon.-Prof. Dr. Leo Chini
E-Mail: ARaktuell@lindeverlag.at

Redaktionsbeirat

RA Dr. Nikolaus Arnold,
Dr. Josef Fritz,
Dr. Erhard Grossnigg,
RA Dr. Herbert Hoegger,
Univ.-Prof. Dr. Susanne Kalss

Medieninhaber, Herausgeber und
Medienunternehmen

Linde Verlag Ges.m.b.H.,
A-1210 Wien, Scheydgasse 24;
Telefon: 01/24 630 Serie,
Telefax: 01/24 630-23 DW,
E-Mail: office@lindeverlag.at;
http://www.lindeverlag.at

DVR 0002356.

Rechtsform der Gesellschaft: Ges. m. b. H.,
Sitz: Wien

Firmenbuchnummer: 102235x
Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien,
ARA-Lizenz-Nr. 3991
Gesellschafter: Die Verlassenschaft nach
Herrn Axel Jentsch (mit 99 %) und
Mag. Andreas Jentsch (mit 1 %).
Geschäftsführer: Mag. Klaus Kornherr

Erscheinungsweise

Erscheint sechsmal jährlich.

Bezugspreise

Jahresabonnement 2018
(Print und online) 178,- €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.
Einzelheft 2018 33,18 €
zuzüglich MwSt. und Versandkosten.

Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das
Abonnement automatisch zu den jeweils gültigen
Konditionen ein Jahr weiter. Abbestellungen
sind nur zum Ende eines Jahrganges mög-
lich und müssen bis spätestens 30. November
schriftlich erfolgen.

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit
ausdrücklicher Bewilligung des Verlages ge-
stattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle
Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfäl-
tiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und
eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder
der Autoren ausgeschlossen ist.

Mit der Einreichung seines Manuskriptes räumt
der Autor dem Verlag für den Fall der Annahme
das übertragbare, zeitlich und örtlich unbe-
schränkte ausschließliche Werknutzungsrecht
(§ 24 UrhG) der Veröffentlichung in dieser
Zeitschrift ein, einschließlich des Rechts der
Vervielfältigung in jedem technischen Verfah-
ren (Druck, Mikrofilm etc.) und der Verbreitung
(Verlagsrecht) sowie der Verwertung durch Da-
tenbanken oder ähnliche Einrichtungen, des
Rechts der Vervielfältigung auf Datenträgern
jeder Art, der Speicherung in und der Ausga-
be durch Datenbanken, der Verbreitung von
Vervielfältigungsstücken an die Benutzer, der
Sendung (§ 17 UrhG), sonstigen öffentlichen
Wiedergabe (§ 18 UrhG) sowie der öffentlichen
Zurverfügungstellung, insbesondere über das
Internet (§ 18a UrhG). Gemäß § 36 Abs. 2 UrhG
erlischt die Ausschließlichkeit des eingeräum-
ten Verlagsrechts mit Ablauf des dem Erschei-
nen des Beitrages folgenden Kalenderjahres;
dies gilt für die Verwertung durch Datenbanken
nicht.

Anzeigenverkauf und -beratung

Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19
E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at
ISSN 1813-6923

— Herstellung —

jentsch
wir messen nicht, wir zählen

Druckerei Hans Jentsch & Co. GmbH

1210 Wien, Scheydgasse 31, Tel.: 01/2784216-0; office@jentsch.at; mehrfach umweltzertifiziert – www.jentsch.at

D3-Z92



Herausgeber

Prof. Dr. Helmut Köhler

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Wolfgang Büscher

Prof. Dr. Franz Hacker

Dr. Gangolf Hess

Prof. Dr. Stefan Leible

Dr. Reiner Münker

In Zusammenarbeit mit der
Zentrale zur Bekämpfung
unlauteren Wettbewerbs
Frankfurt am Main e.V.

dfv Mediengruppe
Frankfurt am Main

- Editorial: Prof. Dr. Helmut Köhler**
Sanierungsfall Preisangabenverordnung
- 261 Prof. Dr. Volker Michael Jänich**
Bekanntheitsschutz für im Verkehr durchgesetzte Marken –
materielles Recht und Prozessrecht
- 272 Dr. Peter J. Schröder**
Pauschale Plattformverbote für Luxusprodukte als Einfallstor
neuer Wettbewerbsbeschränkungen
- 278 Dr. Nils Rauer, MJI**
Die unendliche Geschichte der öffentlichen Wiedergabe
- 283 Sebastian Laoutoumai, LL.M.**
Gewinnspiele im Heilmittelwerberecht
- 286 Dr. Rüdiger Werner**
Die wettbewerbsrechtliche Konzernhaftung
- 291 Gutachten des Gutachterausschusses für Wett-
bewerbsfragen November 2017**
- 292 Europäische Kommission/Rat der Europäischen Union**
EuGH, Urteil vom 25.10.2017 – C-389/15
- 297 F. Hoffmann-La Roche u. a./Autorità Garante della
Concorrenza e del Mercato**
EuGH, Urteil vom 23.01.2018 – C-179/16
- 304 Maximilian Schrems/Facebook**
EuGH, Urteil vom 25.01.2018 – C-498/16
- 308 Acacia/Pneusgarda u. a.**
EuGH, Urteil vom 20.12.2017 – C-397/16, C-435/16
- 314 Snitem u. a./Premier ministre**
EuGH, Urteil vom 07.12.2017 – C-329/16
- 316 Fack Ju Göhte**
EuG, Urteil vom 24.01.2018 – T-69/17
- 320 Kraftfahrzeugwerbung**
BGH, Urteil vom 18.10.2017 – I ZR 84/16
- 324 Portierungsauftrag**
BGH, Urteil vom 11.10.2017 – I ZR 210/16
- 328 Festzins Plus**
BGH, Versäumnisurteil vom 21.09.2017 – I ZR 53/16
- 332 Handfugnpistole**
BGH, Urteil vom 16.11.2017 – I ZR 91/16



GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, Of Counsel KPMG AG WPG, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

Prof. Dr. Jan Lieder, LL.M. / Diego Villegas – Treuhandverträge über GmbH-Geschäftsanteile – eine Frage der Form?

Treuhänderische Beteiligungen an Gesellschaften kommen in der Unternehmenspraxis häufig vor und werfen noch immer vielfältige Streit- und Grundsatzfragen auf. Im Zentrum dieses Beitrags steht die Formbedürftigkeit von Treuhandabreden, die – je nach Treuhandform – in Rechtsprechung und Schrifttum unterschiedlich beurteilt wird. Zum einen werden die verschiedenen Anknüpfungspunkte für eine etwaige Formpflicht systematisch aufgearbeitet, zum anderen die unterschiedlichen Treuhandformen mit den Formzwecken im Einzelnen abgeglichen. Abweichend von der h.M. plädiert der Beitrag für eine ganzheitliche Betrachtung, die weniger an den tatsächlichen Erscheinungsformen der Treuhandabreden ansetzt, als vielmehr ihre materielle Bedeutung für die an der Treuhandabrede Beteiligten in den Mittelpunkt stellt. 169

Dr. Rüdiger Werner – Die „Abberufung“ und Ausschließung der Komplementärgesellschaft einer Publikums-KG

In der Praxis stellt sich immer wieder die Frage, wie den Komplementären einer Publikumspersonengesellschaft die Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis entzogen werden bzw. wie diese aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden können. Bei den insoweit betroffenen Gesellschaften handelt es sich um sog. Publikumsgesellschaften, die zur Kapitalsammlung eine unbestimmte Vielzahl rein kapitalistisch beteiligter Kommanditisten als Anlagegesellschafter aufgrund eines fertig vorformulierten Gesellschaftsvertrags aufnehmen sollen. Häufig handelt es sich dabei um Abschreibungsgesellschaften zur Nutzung steuerlicher Sonderabschreibungen. Die Initiatoren oder Gründungsgesellschafter behalten fast immer die Herrschaft, wohingegen die Kommanditisten auf bestimmte Kontrollrechte beschränkt sind. 177

Dr. Frank Roser – Hinzurechnungen nach § 8 Nr. 1 Buchst. d bis f GewStG – ein unzutreffend umgesetztes Modell

Gewerbesteuerliche Hinzurechnungen nach § 8 Nr. 1 Buchst. d bis f GewStG sind seit ihrer Neuregelung 2008 unverändert in der Kritik. Rechtsstreitigkeiten nehmen nicht ab, obgleich die aktuelle Rechtsprechung tendenziell die nahezu uferlose Ausweitung der Hinzurechnungstatbestände bestätigt. Allein die Entscheidung des I. Senats des BFH v. 25.10.2016 – I R 57/15, GmbHR 2017, 212 lässt eine sachgerechte Eingrenzung erkennen. Vor dem Hintergrund des Zuständigkeitswechsels vom I. zum III. Senat des BFH keimen Hoffnungen auf, dass manche Aspekte einer sachgerechten Überprüfung unterzogen werden. Auch wenn § 8 Nr. 1 Buchst. d bis f GewStG verfassungsrechtlich als „nicht zu beanstanden“ angesehen wird, sollte doch im Einzelfall durch eine systematischen Auslegung eine verfassungskonforme Eingrenzung der Besteuerungswirkungen erfolgen. 183



Inhalt

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

Insolvenz: Anfechtbare Gewinnausschüttungen und Steuerentnahmen der Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft

(OLG Thüringen, Urt. v. 8.11.2017 – 2 U 507/16)
m. Anm. Heiner Kuna 190

Gesellschafter: Anspruch auf Rückzahlung einer vom Gesellschafter veranlassten Überweisung vom Geschäftskonto der GmbH auf sein Privatkonto

(OLG München, Urt. v. 9.11.2017 – 23 U 239/17) 196

Gesellschafterbeschluss: Unterbrechung eines Beschlussmängelrechtsstreits nach Insolvenzeröffnung

(BGH, Urt. v. 24.10.2017 – II ZR 16/16) 201

Haftung des Geschäftsführers: Erstattung von Zahlungen der GmbH nach Eintritt der Überschuldung

(OLG Hamburg, Urt. v. 13.10.2017 – 11 U 53/17) 201

Steuerrecht

Steuerliches Einlagekonto: Verwendung bei unterjährigen Zugängen

(BFH, Urt. v. 19.7.2017 – I R 96/15)
m. Anm. Manuel Brühl 206

Investitionszulage: Keine zulagenrechtliche Merkmalsübertragung bei Investitionen im originär gewerblichen Bereich einer Besitzgesellschaft

(BFH, Beschl. v. 13.9.2017 – III R 16/15) 210

Organschaft: Keine sachliche Unbilligkeit bei verzögerter Registereintragung

(BFH, Urt. v. 23.8.2017 – I R 80/15) 212

Umwandlung: Berücksichtigung von Anschaffungskosten eines Oberpersonengesellschafters für den Erwerb des Anteils nach Umwandlung der Unterpersonengesellschaft

(BFH, Urt. v. 28.9.2017 – IV R 51/15) 214

Doppelbesteuerung: Unionsrechtlicher Prüfungsmaßstab für § 8b Abs. 6 Nr. 1 KStG 1999 a.F. bei Steuerfreistellung nach DBA

(BFH, Urt. v. 19.7.2017 – I R 87/15) 218

Steuerhaftung: Geschäftsführerhaftung für Einfuhrumsatzsteuer nach Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters; Grundsatz der anteiligen Tilgung

(BFH, Urt. v. 26.9.2017 – VII R 40/16) 221

GmbHR Report

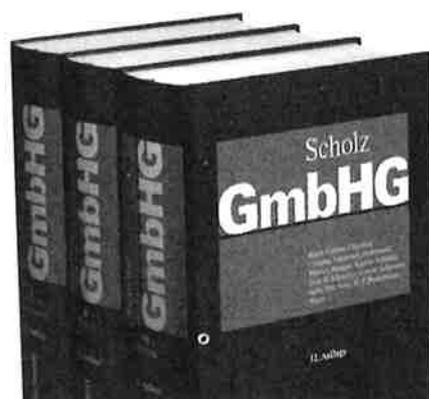
GmbHR im Blickpunkt

Dr. Benjamin Wagner, LL.M. – Prozessrisikoanalyse: Ein Mittel zur Gewinnung rationalerer Entscheidungen in Unternehmen? R52

Unternehmensrecht

Unwirksames Insichgeschäft muss nachteilig sein (*Stephan Ulrich*) R54

Treuhand-KG: Zum Befreiungsanspruch aus einem Treuhandvertrag über das Halten einer Kommanditbeteiligung sowie zu dessen Verjährung (*Stephan Ulrich*) R54



Eine Institution im GmbH-Recht.

Band I des *Scholz* ist erschienen:
 Wie eh und je meinungsbildend, tiefgehend
 und souverän. Und natürlich top-aktuell!

Bestellen Sie jetzt unter otto-schmidt.de/scholz12

Inhalt

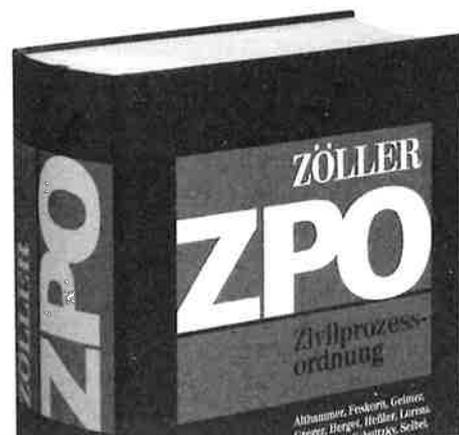
| | |
|--|-----|
| Persönliches Erscheinen vor dem Ausländischen Notar bei öffentlicher Beglaubigung (<i>Stephan Ulrich</i>)..... | R55 |
| Steuer- & Bilanzrecht | |
| Schenkungssteuer bei Zahlung überhöhter Entgelte durch eine Kapitalgesellschaft an einen dem Gesellschafter nahestehende Person (<i>Christian Levedag</i>) | R55 |
| Änderung der Rechtsprechung zur mittelbaren Anteilsvereinigung über eine zwischengeschaltete Personengesellschaft gemäß § 1 Abs. 3 GrEStG (<i>Christian Levedag</i>)..... | R56 |
| Grundsatz der Akzessorietät für die Nachforderung von Kapitalertragsteuer (<i>Georg Geberth / Alexander Höhn</i>)..... | R56 |
| Einräumung einer Vollmacht zur Ausübung der Rechte aus einem Gesellschaftsanteil nicht grunderwerbsteuerbar nach § 1 Abs. 2a GrEStG (<i>Andreas Bock / Philipp Dobradziej</i>) | R57 |
| Arbeits- & Sozialrecht | |
| Befristung mit Sachgrund – Eigenart der Arbeitsleistung eines Fußballspielers (<i>Claudia Kothe-Heggemann</i>) | R58 |
| Zwangsvollstreckung – Betriebsratsmitglieder müssen aufpassen (<i>Claudia Kothe-Heggemann</i>)..... | R58 |
| Europa-Praxis | |
| Reform der EU-Handelsschutzinstrumente: EP-Handelsausschuss verabschiedet politische Einigung (<i>Amelie Gieseemann</i>)..... | R59 |
| Neufassung der EU-Exportkontrolle: Parlament verabschiedet Verhandlungsmandat zu Dual Use Gütern (<i>Amelie Gieseemann</i>)..... | R59 |
| EU-Kommission: Neue Richtlinienentwürfe zur Mehrwertsteuer (<i>Georg Geberth</i>) | R59 |
| OECD: ICAP-Pilotprojekt in Washington gestartet (<i>Georg Geberth</i>)..... | R60 |
| Wirtschafts-Praxis | |
| Kennzahlen zu den größten Familienunternehmen in Deutschland (<i>Marianne Gajo</i>)..... | R60 |
| Zeitschriftenspiegel | |
| Gesellschaftsrecht..... | R62 |
| Steuerrecht | R62 |

Ihr Navigator im
Internationalen Steuerrecht.



otto-schmidt.de/fwB

Der neue Zöllner ist da!



otto-schmidt.de/zpo32

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 3/2018

5. Februar · 29. Jahrgang 2018 · Seite 97–136

Inhalt

| | | |
|------------------------------|---|------------|
| Editorial | Ulrich Karpenstein Europa zeigt Zähne | 97 |
| Europa-Report | EZB, Beihilferecht, FRA | 99 |
| Aufsätze und Berichte | Peter-Christian Müller-Graff Rechtsschutz von Kreditinstituten in der Bankenaufsicht der Europäischen Zentralbank Ulrich Forsthoff Fünf Jahre ESM – Entwicklungsperspektiven | 101 108 |
| Zur Rechtsprechung | Erik Staebe Grenzen der zivilgerichtlichen Kontrolle regulierter Infrastrukturnutzungsentgelte | 118 |



Rechtsprechung

| | | | |
|------|-------------------------|---|-----|
| EuGH | 06. 12. 2017 – C-230/16 | Kartellrecht: Plattformverbote im Internetvertrieb von Luxuswaren zulässig (m. Anm. Peter Thyri, S. 126) | 122 |
| EuGH | 07. 09. 2017 – C-247/16 | Verbraucherrecht: Geltungsbereich der Verbrauchsgüterkauf-Richtlinie (m. Anm. Martin Gutzeit/Fabian Jacksch, S. 130) | 127 |
| EuGH | 20. 12. 2017 – C-434/15 | Dienstleistungsfreiheit: Verbindung einer Verkehrsdienstleistung mit einem Vermittlungsdienst (m. Anm. Carsten König, S. 134) | 131 |
| EuGH | 11. 05. 2017 – C-302/16 | Reiserecht: Frist zur Bekanntgabe einer Flugannullierung (Ls.) | 135 |
| EuGH | 20. 12. 2017 – C-334/16 | Versicherungsrecht: Obligatorische Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Begriff der Nutzung eines Fahrzeugs (Ls.) | 135 |
| EuGH | 14. 12. 2017 – C-66/17 | Prozessrecht: Anerkennung und Vollstreckung von europäischen Entscheidungen (Ls.) | 136 |
| EuGH | 20. 12. 2017 – C-158/16 | Arbeitsrecht: Anspruch auf Sonderurlaub für befristet Beschäftigte (Ls.) | 136 |
| EuGH | 20. 12. 2017 – C-467/16 | Prozessrecht: Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Lugano II Übereinkommen (Ls.) | 136 |

BBK

3

2.2.2018

www.nwb.de

► **BBK-Beilage**
Jahresverzeichnis 2017/2018

- 108 **Buchführungs-Seminar**
Bilanzierung bestrittener Steueransprüche
Dr. Volker Endert
- 114 **Einnahmen-Überschussrechnung**
Der Vordruck zur Einnahmen-Überschussrechnung
für 2017
Rüdiger Happe
- 126 **Wirtschaftsrecht**
Novellierung und Verschärfung des
Geldwäschegesetzes 2017
Patrick Schreiber
- 133 **Controlling**
Anwendung von Investitionsrechnungsverfahren
in der Praxis
Prof. Dr. Ralf Jürgen Ostendorf und Victor Mays
- 102 Steuerrecht aktuell: Keine Investitionsförderung für Luxus-Pkw;
Teilwerterhöhung auf Darlehensverbindlichkeit in Schweizer Franken;
Aufbewahrungspflicht bei Spielhallen

Herausgeber:

Prof. Dr. Carsten Theile • VRiFG Bernd Rätke • StB/WP Wolfgang Eggert



GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

GStB Gestaltende Steuerberatung

Steuerplanung · Steueroptimierung · Gestaltungsmodelle



Ihr Plus im Netz: gstb.iww.de | S. 37 – 72
Online | Mobile | Social Media

02 | 2018



Kurz informiert

Betreutes Wohnen wegen Demenz als außergewöhnliche Belastung37
 Gutschrift auf Zeitwertkonto noch kein Zufluss von Arbeitslohn?.....37
 Unterhaltszahlungen der Eltern an ihre studierende Tochter38
 Kein Kindergeld bei Fortbildung zur Bilanzbuchhalterin & Co.....39

Umsatzsteuer

FG München widerspricht BMF: Bauträger erhält in Altfällen seine USt vorbedingungslos erstattet.....40

Veräußerungsgewinne

BFH stellt klar: Kein Missbrauch bei Ausnutzung der Tonnagebesteuerung!.....43

Der praktische Fall

Der Fluch des negativen Kapitalkontos.....46

Viertes Quartal 2017

FG-Rechtsprechung kompakt: Die Top 10 für die Gestaltungsberatung49

Der praktische Fall

Flächenbezogener Verzicht auf die Steuerfreiheit rettet den Vorsteuerabzug anteilig55

Geschäftsführerversorgung

Achtung Steuerfalle: Verzicht auf werthaltige Pensionszusage kann teuer werden57

Organschaft

Ergebnisabführungsverträge: Variable Ausgleichszahlungen als Gefahrenquelle.....62

Umsatzsteuer

Endlich Entwarnung bei der Postfachangabe und erster Lichtblick beim Vertrauensschutz67

SBR

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3Z6/Beil.

Schmalenbach Business Review

Managing Editor
Alfred Wagenhofer

Editors
Wolfgang Ballwieser
Marina Fiedler
Karen Gedenk
Martin Klarmann
Tobias Kretschmer
Martin Natter
Rainer Niemann
Jörg Rocholl
Ulrich Schreiber
Thorsten Sellhorn
Martin Spann
Erik Theissen
Marliese Uhrig-Homburg

Special Section: Economic Analyses in Business Administration

Editorial

P.-J. Jost · A. Wagenhofer 1

Valuing the Tax Shield under Asymmetric Taxation

L. Kruschwitz · A. Löffler 3

Discussion of "Valuing the Tax Shield Under Asymmetric Taxation"

U. Schäfer 19

Working from Home. What is the Effect on Employees' Effort?

K. Rupietta · M. Beckmann 25

Discussion of "Working from Home. What is the Effect on Employees' Effort?"

T. Klopries 57

The Monetary Value of Having a First Division Bundesliga Team to Local Residents

B. Frick · P. Wicker 63



Schmalenbach-Gesellschaft
für Betriebswirtschaft e.V.

 Springer

Goldammer's Archiv für Strafrecht (GA)

Heft 1, 165. Jahrgang, 2018, Seiten 1–64

| | |
|--|----|
| Paul-Günter Pötz (13.5.1923 – 29.8.2017) und Goldammer's Archiv für Strafrecht (1853–2017) | |
| <i>Von Jürgen Wolter (Schriftleitung) i.V.m. Wilfried Küper/Ralf Eschelbach</i> | 1 |
| Zum Tod von Paul-Günter Pötz | |
| <i>Von Michael Hettinger</i> | 7 |
| Abhandlungen | |
| The Trolley Problem Reloaded | |
| Wie sind autonome Fahrzeuge für Leben-gegen-Leben-Dilemmata zu programmieren? | |
| <i>Von Professorin Dr. Tatjana Hörnle, Berlin/Professor Dr. Wolfgang Wohlers, Basel</i> | 12 |
| Zur faktischen Strafflosigkeit institutionalisierter Agrarkriminalität | |
| <i>Von Professor Dr. Jens Bülte, Mannheim.</i> | 35 |
| Schrifttum | |
| Jens Bülte, Vorgesetztenverantwortlichkeit im Strafrecht, 2015 | |
| <i>(Professor Dr. Andreas Hoyer, Kiel)</i> | 57 |
| Christina Juhász, Die strafrechtliche Schuldfähigkeit. Vorschlag für eine zukünftige europäische Regelung, 2013 | |
| <i>(Professor Dr. Wolfgang Schild, Bielefeld)</i> | 60 |
| Ulrich Eisenberg, Jugendgerichtsgesetz, 19., neu bearb. Aufl., 2017 | |
| <i>(Professor Dr. Arthur Hartmann, Bremen)</i> | 62 |

t

7
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

3

8

1

r

StV

STRAFVERTEIDIGER

INHALT 3 · 2018

Editorial
Impressum

I
VII

Entscheidungen

Verfahrensrecht

- BVerfG 2 BvR 2551/12 v. 04.04.2017
Anforderungen an einen Durchsuchungsbeschluss **133**
- BGH ER 1 BGs 148/17 v. 28.06.2017
Bekanntgabe der Gründe bei Durchsuchungsmaßnahmen **134**
- BGH ER 1 BGs 237/17 v. 03.08.2017
Erhebung von retrograden Standortdaten **136**
- BGH 1 StR 145/17 v. 10.05.2017
Akteneinsicht im Zwischenverfahren (Ls) **136**
- BGH 4 StR 575/16 v. 20.06.2017
Verwertung des Extraction-Report eines Handys und erforderliche Sachkunde; Straftat eines Polizeibeamten und Strafzumessung **137**
- BGH 4 StR 233/17 v. 12.09.2017
Revisionsbegründungsfrist (Ls) **138**
- BGH 3 StR 132/17 v. 25.07.2017
Prozesskostenhilfe des Nebenklägers (Ls) **138**
- OLG Naumburg 2 Rv 65/17 v. 11.05.2017
Beordnung eines Pflichtverteidigers nach Antrag der Staatsanwaltschaft **138**
- OLG Nürnberg 2 Ws 748/15 v. 03.02.2016
Pflichtverteidigung während Vollstreckung der Sicherungsverwahrung *m. Anm. Pollähne* **139**
- OLG Naumburg 2 Rv 7/17 v. 08.03.2017
Notwendigkeit der Verteidigung wegen gesamter Straf-
erwartung (Ls) **143**
- OLG Hamburg 2 Ws 206-207/17 v. 21.12.2017
Beordnung im Strafrestaussetzungsverfahren (Ls) **143**
- KG (3) 161 Ss 162/16 (88/16) v. 26.10.2016
Notwendige Verteidigung bei drohendem Widerruf in
anderer Sache (Ls) **144**
- OLG Bamberg 2 Ss OWi 1399/17 v. 25.10.2017
Nachholung einer Entscheidung über Pflichtverteidiger-
bestellung im Bußgeldverfahren (Ls) **144**
- KG 5 Ws 50/17 v. 28.02.2017
Aufhebung einer Beordnung als Pflichtverteidiger (Ls) **144**
- OLG Stuttgart 1 Ws 140/17 v. 14.06.2017
Auswahl des Pflichtverteidigers (Ls) **144**
- OLG Naumburg 1 Ws (s) 318/16 v. 20.09.2016
Nachhaltige Erschütterung des Vertrauensverhältnisses (Ls) **144**
- ThürOLG 1 Ws 134/17 v. 29.05.2017
Kostentragungsrisiko des Verteidigers bei Rechtsmittelein-
legung (Ls) **145**
- OLG Hamburg 1 Rev 57/16 v. 21.10.2016
Erforderlichkeit der Anwesenheit des Angeklagten
in der Berufungshauptverhandlung *m. Anm. Hüls* **145**
- OLG Oldenburg 1 Ss 178/16 v. 20.12.2016
Vertretungsvollmacht des Verteidigers **148**
- OLG Hamm 4 RVs 96/16 v. 06.09.2016
Berufungsverwerfung trotz Vertretung des Angeklagten **150**
- OLG Hamburg 1 Rev 37/17 v. 25.07.2017
Vertretervollmacht im Berufungsverfahren (Ls) **151**
- OLG München 5 OLG 15 Ss 173/17 v. 27.06.2017
Entschuldigte Abwesenheit (Ls) **151**
- OLG Oldenburg 1 Ws 674/16 v. 20.12.2016
Ladung zur Berufungshauptverhandlung **151**
- OLG Dresden 1 OLG 13 Ss 802/16 v. 13.12.2016
Nichterscheinen in der Berufungshauptverhandlung (Ls) **152**
- OLG Braunschweig 1 Ss 27/16 v. 18.05.2016
Berufungsverwerfung bei ausgebliebenem Angeklagten **152**
- OLG Oldenburg 1 Ss 96/17 v. 15.06.2017
Pflichtverteidigung im Strafbefehlsverfahren (Ls) **152**
- OLG Köln 1 RVs 15/17 v. 24.03.2017
Schriftliche Vertretungsvollmacht im Einspruchsverfahren (Ls) **152**
- LG Schwerin 33 Kls 15/17 jug v. 26.10.2017
Befangenheit bei Angebot zur Absprache zu Lasten Dritter (Ls) **153**
- LG Verden 1 Qs 61/17 v. 09.06.2017
Keine Rücknahme eines Antrags auf Beordnung als
Pflichtverteidiger (Ls) **153**
- LG München I 1 Ks 127 Js 165155/14 v. 26.09.2016
Pflichtverteidigerbeordnung für das Adhäsionsverfahren **153**
- LG Frankenthal 2 Qs 186/17 v. 19.07.2017
Beordnung nach Verfahrensabschluss (Ls) **155**
- LG Bremen 60 Qs 276/17 v. 14.09.2017
Nachträgliche Beordnung (Ls) **155**
- LG Dortmund 32 Qs-400 Js 12/17-110/17 v. 04.10.2017
Notwendigkeit der Verteidigung bei Analphabetismus (Ls) **155**
- LG Hannover 70 Qs 6/17 v. 23.01.2017
Schwierigkeit der Rechtslage bei möglichem Beweis-
verwertungsverbot (Ls) **155**
- LG Leipzig 5 Qs 119/17 v. 18.09.2017
Pflichtverteidigung bei Betreuung (Ls) **156**
- LG Mannheim R 19 StVK 306/17 v. 07.11.2017
Beordnung im Vollstreckungsverfahren (Ls) **156**
- LG Hamburg 605 StVK 272/16 v. 30.06.2016
Notwendige Verteidigung im vollstreckungsbehördlichen
Verfahren **156**
- LG Berlin 507 Qs 32/16 v. 08.09.2016
Notwendige Verteidigung im Vollstreckungsverfahren bei
Betreuung (Ls) **156**
- LG Kiel 10 Qs OWi 19/17 v. 10.05.2017
Terminsverlegungsantrag (Ls) **156**
- LG Neubrandenburg 82 Qs 58/16 jug v. 12.10.2016
Pflichtverteidigerbeordnung nach Abschluss des Jugend-
strafverfahrens **157**
- BGH 5 StR 548/16 v. 12.01.2017
Protokollführung durch Referendare (Ls) **157**
- LG Köln 113 Qs 47/16 v. 05.07.2016
Dolmetscherkosten beim Täter-Opfer-Ausgleich **157**

Strafrecht

- BGH 4 StR 274/16 v. 14.09.2017
Rechtsbeugung durch einen Staatsanwalt **158**
- BGH 1 StR 626/16 v. 09.05.2017
Strafschärfende Berücksichtigung von Verteidigungsver-
halten (Ls) **162**

BGH 1 StR 268/17 v. 21.09.2017
Unzulässige Strafschärfung bei Verteidigungsverhalten **163**

BGH 3 StR 109/16 v. 09.08.2016
Amtsanmaßung (Ls) **163**

OLG München 5 OLG 13 Ss 81/17 v. 31.05.2017
Wahrnehmung berechtigter Interessen (Ls) **163**

Haftrecht

BVerfG 2 BvR 77/16 v. 24.08.2017
Zulässigkeit der weiteren Beschwerde gegen einen aufgehobenen Haftbefehl (Ls) **163**

VerfGH Sachsen Vf. 7-IV-17 v. 23.02.2017
Beschleunigungsgebot bei Untersuchungshaft (Ls) **164**

ThürOLG 1 Ws 64/17 v. 28.02.2017
Dringender Tatverdacht bei Aussage-gegen-Aussage (Ls) **164**

KG 4 Ws 185/16 v. 28.11.2016
Beschleunigungsgebot in Haftsachen (Ls) **164**

OLG Köln 2 Ws 341/17 v. 01.06.2017
Flucht- und Verdunkelungsgefahr **164**

OLG Frankfurt/M. 1 Ws 159/17 v. 14.08.2017
Widerruf von Haftverschonung (Ls) **166**

KG 5 Ws 124/16 v. 15.08.2016
Beschwerde gegen letzte Haftentscheidung (Ls) **167**

OLG Hamburg 2 Ws 161/17 v. 06.10.2017
Beschleunigung in Haftsachen (Ls) **167**

KG 4 Ws 191/16 v. 09.12.2016
Notwendige Verteidigung bei Inhaftierung und Terminierung **167**

LG Oldenburg 1 Qs 391/17 v. 30.11.2017
Beordnung bei Untersuchungshaft (Ls) **168**

AG Bautzen 40 Ds 560 Js 24562/15 v. 14.11.2017
Befangenheit wegen schleppender Terminierung in Haftsache (Ls) **168**

AG Halle 394 Gs 651 Js 32786/17 (250/17) v. 03.11.2017
Akteneinsicht bei Untersuchungshaft **168**

AG Stuttgart 26 Gs 8396/17 v. 27.11.2017
Beordnung bei Termin zur Eröffnung des Haftbefehls (Ls) **169**

Aufsätze

Europäische Prozesskostenhilfe und notwendige Verteidigung
Reinhold Schlothauer **169**

Der neue Minimalismus bei der Achtung des Konfrontationsrechts – von tatsächlichen Einschränkungen und vermeintlichen Hintertüren
Karsten Gaede **175**

Aufzeichnung der Hauptverhandlung und Revision – ein Vorschlag
Andreas Mosbacher **182**

Rezension

Thomas Knierim/Anna Oehmichen/Susanne Beck/Claudius Geisler, *Gesamtes Strafrecht aktuell*
Ralf Neuhaus **187**

Zeitschriften

Auslese wichtiger Fachzeitschriftenbeiträge **191**

Vorschau

Aus dem Inhalt der nächsten Hefte:

Michael Denga Auslieferungsvorbehalt bei Unterlassungsdelikten ohne materiellem Inlandsbezug?; **Jan Dehne-Niemann** Dauerhaft-unbedingter Verzicht auf die angestrebte Leistung als Voraussetzung der Strafrahmenerleichterung nach § 239a Abs. 4 S. 1 StGB?; **Fabian Novara** Die Vollstreckung der Maßregel in einem psychiatrischen Krankenhaus – erste Praxiserfahrungen nach neuem Recht; **Felix Rettenmaier/Tony Rostalski** Der strafprozessuale Anfangsverdacht bei der Korruption im Gesundheitswesen; **Heiko Ahlbrecht** Europäische Ermittlungsanordnung – Durchsuchung à la Europäischer Haftbefehl; **Fabian Stam** Verbotene Kraftfahrzeugrennen nach § 315d StGB; **Matthias Krüger** Zur Änderung von § 256 Abs. 1 Nr. 2 StPO durch das »Gesetz zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung des Strafverfahrens«; **Julian Rodenbeck** Rechtliche Anforderungen an die staatliche Öffentlichkeitsarbeit in Strafsachen; **Mohamad El-Ghazi** Das Schicksal der »sexuellen Handlung« nach der Reform des Sexualstrafrechts; **Michael Tsambikakis** Überflüssiges Strafrecht: Sportwettbetrug und Manipulation berufssportlicher Wettbewerbe;

Christian Brand/Thomas Wostry BGH, Beschl. v. 16.08.2016 – 4 StR 163/16 (Vermögensbetreuungspflicht des Vertragsarztes);

Jochen Bung/Yann Romund BGH, Beschl. v. 12.08.2015 – StB 6/15 (Vorführung vor das Vollstreckungsgericht); **Marco Mansdörfer** BVerfG, Beschl. v. 24.03.2016 – 2 BvR 175/16 und OLG Frankfurt/M., Beschl. v. 08.12.2016 – 2 Ausl A 22/15 (Spezialität; Auslieferung in die USA); **Sebastian T. Vogel** KG, Beschl. v. 12.12.2016 – 3 Ws 637/16 (Tötung auf Verlangen durch Unterlassen); **Georg Steinberg** BGH, Beschl. v. 15.02.2017 – 4 StR 375/16 (Nachstellung mit Todesfolge); **Ulrich Eisenberg** BGH, Urt. v. 14.09.2017 – 4 StR 45/17 (Beweiswürdigung); **Sebastian Sobota** BGH, Urt. v. 24.08.2017 – 3 StR 348/17 (Strafmilderung und § 50 StGB);

Mario Bachmann Johannes Feest/Wolfgang Lesting/Michael Lindemann, *Strafvollzugsgesetze*; **Frank Nobis** Iris-Maria Killinger, *Staatshaftung für rechtswidrige Untersuchungshaft in Deutschland und Österreich im Lichte von Art. 5 Abs. 5 EMRK*; **Charlotte Schmitt-Leonardy** Helmut Ortner, *Wenn der Staat tötet. Eine Geschichte der Todesstrafe*; **Björn Krug** Jens Bülte/Gerhard Dannecker/Danja Domeier/Dietrich Gorny/Axel Preuß, *Kommentar zum Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB)*.

Die Homepage des *Strafverteidiger* erreichen Sie unter folgender Adresse: stv-online.de.
Die Online-Version des StV finden Sie auf JURION.de.

FORUM

Martin Hiesel, Von inneren Freiheiten, subjektiven Wahrnehmungen und objektiven Fakten 201

ABHANDLUNGEN

Gerhart Holzinger, Was kann das Recht bei der Herstellung des (Rechts-) Friedens leisten? 206

Alexander Balthasar, Internationaler Schutz im Wandel – vom II. Weltkrieg über den Ost-West-Konflikt zum Nord-Süd-Konflikt. 214

Eva Maria Maier, Eigentumsfreiheit und Tierschutz versus Jagd? Die Debatte um Jagdfreistellungen aus ethischen Gründen 240

Verena Kirchmair, Verstößt das Forschungsverbot an menschlichen Embryonen in vitro gegen die Wissenschaftsfreiheit? 252

Michael Lang/Annette Lichtmannegger, Die Einrichtung und die Auflassung von Studien. 264

REZENSIONEN UND BERICHTE

Wolfgang Wlattnig/Manfred Kindermann/Hans-Jörg Hörmann: Steiermärkische Gemeindestrukturreform 2015. (*Christoph Hofstätter*) 276

Dokumentation – Europa

Michael Erhart 278

Dokumentation – Österreich

Günther Schefbeck 280

Herausgeber: Heinz Fischer, Bernd-Christian Funk, Rudolf Machacek †, Roland Miklau, Heinrich Neisser, Alfred J. Noll, Anton Pelinka, Manfred Welan

In Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Parlament

Schriftleitung: Michael Holoubek, Georg Lienbacher

Ständige Korrespondenten: Josef Azizi, Luxemburg; Ulrich Becker, München; Michael Erhart, Brüssel; Christoph Grabenwarter, Wien; Armin Hatje, Ilamburg; Matthias Jestaedt, Freiburg/Breisgau; Susanne Kalss, Wien; Martin Karollus, Linz; Michael Potacs, Wien; Günther Schefbeck, Wien; Martin Schulte, Dresden; Ewald Wiederin, Wien



D3-Z19

Resiliente Organisation

- _ Unternehmensresilienz – in Krisensituationen handlungsfähig bleiben
- _ Resiliente Führung: Wie sie Widerstandskraft im Unternehmen stärkt
- _ Sicherheitskultur in der Medizin: Über den Umgang mit Fehlern

_ Umweltadaption durch Innovation im Weinbau

_ Ich plädiere für Offenheit und Fehlertoleranz:
Interview mit Gregor Matthies

_ Paradoxe Anforderungen – vier Möglichkeiten, sie zu bewältigen

_ Ökonomie des Teilens – Strategien für die etablierte Wirtschaft

SCHÄFFER
POESCHEL

Standpunkt:
Wo Resilienztraining
nicht hilft
S. 36

Schwerpunkt Resiliente Organisation

4 Unternehmensresilienz

Handlungsfähigkeit in Krisensituationen aufrechterhalten

Martina K. Linnenluecke

Interne Resilienz konzentriert sich auf sichere und verlässliche Unternehmensprozesse, während externe Resilienz Extremereignisse in den Fokus nimmt. Unternehmen müssen zunächst entscheiden, welche Form der Resilienz für sie maßgeblich ist, bevor sie geeignete Maßnahmen entwickeln und umsetzen können.

9 Resiliente Führung

Resilienz auf verschiedenen Ebenen gestalten

Roman Soucek/Nina Pauls/Christian Schlett

Psychische Erkrankungen sind inzwischen die zweithäufigste Ursache von Arbeitsunfähigkeit. Eine Stärkung der Fähigkeit, sich schnell von Belastungen zu erholen, kann daher nur im Interesse von Unternehmen sein. Der Beitrag verweist auf verschiedene Ansatzpunkte, um Resilienz zu stärken.

14 Sicherheitskultur

Stärkung von Resilienz am Beispiel von Fehlern in der Medizin

Markus Latzke

Hochzuverlässigkeitsorganisationen wie Kernkraftwerke, Raumfahrtgesellschaften oder der Medizinssektor können sich grobe Fehler nicht leisten. Resilienz bedeutet hier, Krisen nicht nur zu bewältigen, sondern vorherzusehen und zu vermeiden. Der Beitrag zeigt, wie diese Organisationen aus Fehlern lernen.

20 Individuelle Widerstandskraft

Resilienzförderliche Strukturen in Organisationen aufbauen

Rolf Taubert/Harri Fechtner/Vera Koltermann

Resilient können nur Individuen, jedoch keine Organisationen sein. Aufgabe der Unternehmen ist es, Strukturen zu schaffen, die die Resilienz der Mitarbeiter unterstützen und eine Vertrauenskultur aufbauen. Wie das Vertrauenspotenzial einer Organisation gemessen werden kann, zeigt dieser Beitrag.

24

Umweltadaption durch Innovation

Strategische Maßnahmen bei Umweltveränderungen am Beispiel Weinbau

Marc Dreßler

Die kleinen Herstellerbetriebe im Weinbau sind neben den üblichen Risiken des Marktes auch der Natur und dem Klimawandel ausgesetzt. Doch gerade in dieser Branche führen umweltbedingte Herausforderungen zu Innovationen, die wiederum die Resilienz der Unternehmen fördern.

33

Interview

Ich plädiere für Offenheit und Fehlertoleranz

Mit Dr. *Gregor Matthies*, sprach *Matthias Weiß* für die zfo über die Herausforderungen, denen sich die deutsche Automobilbranche gegenüber sieht und die sich nur durch eine enge Kooperation mit der Start-up-Welt bewältigen lassen.

36

Standpunkt

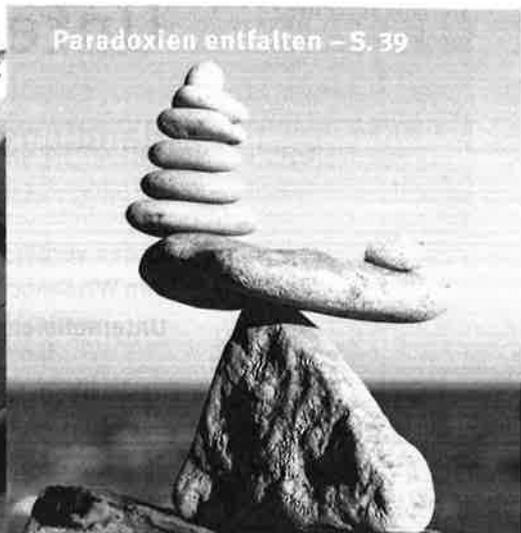
Resilienztraining – kein Mittel gegen den täglichen Stress

Jörn Hurtienne



Resiliente Führung – S. 9

Individuelle Widerstandskraft – S. 20



Paradoxien entfalten – S. 39

Führung & Leadership

Projekt- & Prozessmanagement

39 Paradoxien entfalten
 Wie man paradoxe Anforderungen bewältigt
Jochen Koch/Wasko Rothmann/Matthias Wenzel
 In Zeiten eines schnellen Wandels ist die konstruktive Verarbeitung paradoxer Anforderungen für Organisationen zunehmend überlebenswichtig. Der Beitrag zeigt die Vor- und Nachteile von vier grundlegenden Herangehensweisen zur Bewältigung von Paradoxien auf.

45 Die Ökonomie des Teilens
 Strategien für die etablierte Wirtschaft
Nora S. Stampfl
 Die Vorteile, die Teilen statt Kaufen z. B. beim Car-sharing bietet, hat das Konsumverhalten der Kunden teilweise deutlich beeinflusst. Auch etablierte Unternehmen müssen nun Strategien finden, um mit dem Wandel umzugehen. Wie das gelingen kann, beschreibt dieser Beitrag.

52 Das 10-10-10-Diagramm
 Drei Zeitzonen für bessere Entscheidungen
Sebastian Kernbach



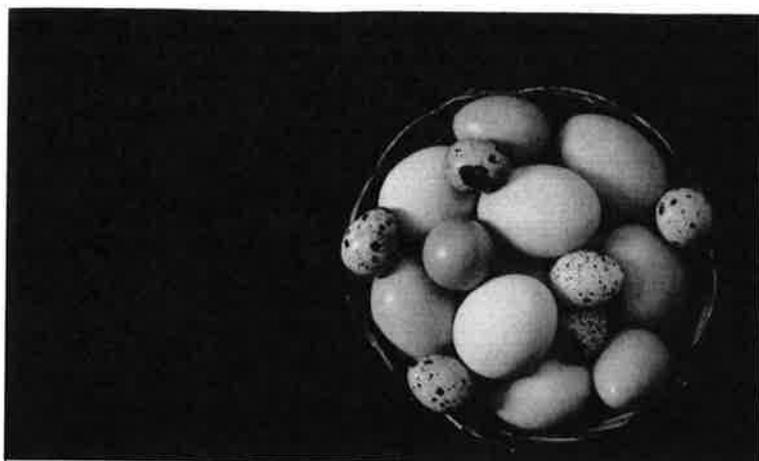
56 Schnellboot-Monitor
 Den Überblick über Vorhaben mit ungewissem Ausgang behalten
Michael Faschingbaue/Bettina Brendle/Eric Heinen-Konschak



Spektrum

- 32** Impressum
- 60** Bücher
- 61** Aktuelles
- 63** Verbandsmitteilungen
- 72** Call for Papers/Vorschau





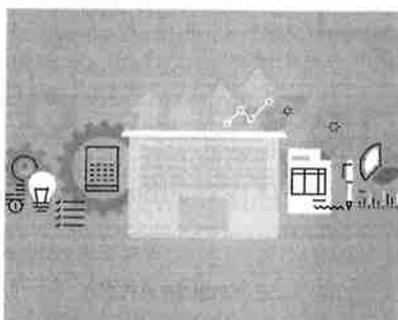
14 | Help small businesses choose the right employee retirement plans

Consider these vital factors when helping owners of small businesses select a retirement plan. A handy comparison chart shows what the most popular plans entail.



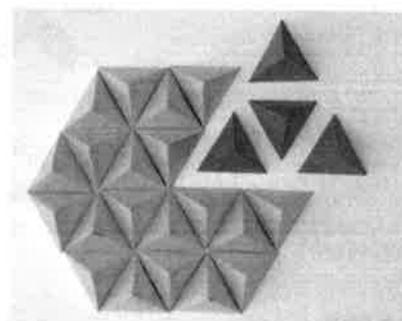
22 | Help clients balance retirement and education planning

Clients will naturally want to help their children afford higher education, but it's important that they not jeopardize plans for retirement by doing so.



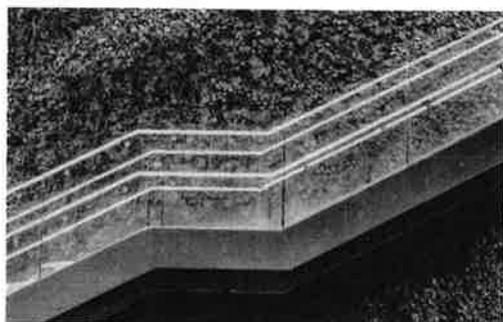
28 | How to choose the right software for retirement planning

Weigh these factors when choosing financial planning software to help clients with retirement planning.



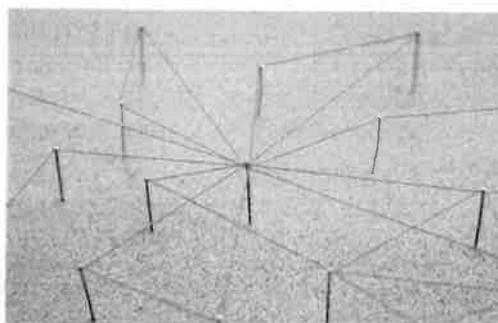
34 | Bring more value to your clients with charitable planning

CPAs can forge stronger relationships with clients by offering them a service they expect and appreciate: charitable planning.



40 | Guidance for sustainability attestation engagements

Read excerpts from a new AICPA-issued sustainability guide issued to aid practitioners taking on attestation services in this emerging area.



46 | Why your CQ is just as important as your IQ (and EQ)

Developing cultural intelligence (CQ) can help individuals be more successful in an increasingly global and inclusive business environment.

Guest editors

The *JofA* invited four CPA financial planners to help develop features for this issue, which focuses on key retirement planning issues for individuals and business. Read about the guest editors on page 50.

CONTENTS

NEWS

52 | Congress enacts tax reform

Congress enacted tax reform legislation in December that will affect all taxpayers. Changes include new tax rates, modified credits and deductions, and a host of other amendments.

NEWS DIGEST

7 | ASB addresses auditor's report, other information, standards alignment

FASB simplifying leases standard implementation

FASB combines guidance on 2 subjects into 1 topic

PCAOB issues staff guidance on new auditor's report

ASB issues new statement of position

Kroeker reappointed as FASB's vice chairman
Key dates; Drafts outstanding



COLUMNS

12 | Checklist

ERM for a changing world

Make effective use of the updated enterprise risk management framework from the Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission.

60 | Tax Practice Corner

Defined benefit plans in the big picture

Comprehensive financial planning can uncover when the advantages of a defined benefit plan for a small business might outweigh those of a defined contribution plan.

62 | Tax Matters

Tax Court trusts Congress's use of subjunctive mood

COD income not includible due to lack of a bona fide debt 

Frequent gambler was not a professional
IRS provides CFC relief for property affected by hurricanes

LB&I produces examiner's overview of check-the-box rules

Guidelines issued for advising private foundations on grants

LB&I rolls out a second batch of compliance campaigns

67 | From The Tax Adviser

Helping clients avoid employment tax criminal penalties

A CPA needs to detect a client's nonpayment early and devise a plan for paying the back taxes. 

68 | Technology Q&A

This month's column explores eight new features in Word 2016 and examines a number of options for conducting surveys, ranging from interactive checklists in Word to Facebook-based polls to more sophisticated options.

74 | Expanding Your App-titude

Add a business line to your personal cellphone

76 | Inside AICPA

Walker receives profession's highest honor in taxation

Young CPAs receive Standing Ovation in FVS

2 volunteers recognized for work in forensic accounting and business valuation

Educators awarded for innovative accounting curricula

Where to Turn

80 | The Last Word

Helping clients figure out what kind of lives they want to lead in retirement is a critical step in personal financial planning, according to Ted Sarenski, CPA/PFS.



CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers

Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year.

Quarterly CPE Direct study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams. An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit aicpastore.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.